

PROTOKOLL

der Sondersitzung des Gründungssenats für die Universität Bremen am 14.10.1971 im
Festsaal des Rathauses zu Bremen von 10 -12.30 Uhr.

Teilnehmer: Frau Gerstenberger
 Herr Geiss
 Herr Griesche
 Herr Hana
 Herr Kahlweit
 Herr Klink
 Herr Loewe
 Herr Sack
 Herr Wiethölter
 Herr Wollers
 Herr von der Vring als Vorsitzender

Tagesordnung:

1. Eröffnung durch den Senator für das Bildungswesen Moritz Thape
2. Erklärung des Gründungsrektors zum Studienbeginn an der Universität Bremen
3. Erwiderung des Präsidenten des Senats, Bürgermeister Koschnick
4. Aussprache

Eröffnungsrede des Senators für das Bildungswesen Thape

Als sich die Bremer Landesregierung auf Empfehlung des Wissenschaftsrates 1960 entschloß, der Bremischen Bürgerschaft die Gründung einer Universität vorzuschlagen, waren weder die langwierigen Probleme der Mitfinanzierung durch die übrigen Bundesländer voll zu übersehen, noch die hochschulpolitischen Spannungen zu erkennen, die gerade diese Gründung immer wieder mit den widersprüchlichsten Auffassungen und Forderungen konfrontiert hat. Erst 1964 und 1968 waren die finanziellen Voraussetzungen für Investitionen und laufende Aufgaben geklärt, wobei die durch Änderung des Grundgesetzes gesicherte Mitfinanzierung auch beschleunigende Impulse auslöste. Immer wieder waren es die vielfältigen und oft leidenschaftlich vorgetragenen Forderungen, Hoffnungen, Bedenken und Sorgen der vor 4 Jahren voll entbrannten und seitdem nicht mehr zur Ruhe gekommenen Diskussion um Reform und Auftrag der deutschen Hochschulen, die deshalb in Bremen ausgetragen wurde, weil alle Gruppen hofften, gerade hier und unbeeinflusst von traditionsbelasteten Gründungsgremien ihre Vorstellungen durchsetzen zu können. So wurde Bremen die Rolle zuteil neben der Aufgabe der Neugründung gleichzeitig noch die Aufgabe des Wegbereiters der Universitätsreform zu übernehmen. Bremen hat sich dieser Aufgabe gestellt, in voller Verantwortung. Dabei stand die Sicherung parlamentarisch-demokratischer Grundsätze ebenso im Vordergrund wie die Förderung und Unterstützung weitgehender Reformvorstellungen. Das hat uns gelegentlich Schelte von allen Seiten eingetragen.

Formal gesehen ist es richtig, von einem 10jährigen Gründungsprozeß zu sprechen. Tatsächlich waren es jedoch nur die letzten 20 Monate, die für die Vorbereitung und Planung zur Verfügung standen. Nicht zuletzt die Fragen der Finanzierung machten es Bremen unmöglich, über Vorplanungen und den Grundstückskauf hinter dem Stadtwald hinauszugehen. Nur unter Berücksichtigung dieser Tatbestände ist es möglich, die große, oft mit größtem persönlichen Engagement verbundene Arbeitsleistung aller Beteiligten in der Universität, aber auch in der Behörde zu werten.

Ging es zunächst um Paritäten, Organisationsstrukturen und neue Lehr- und Forschungsziele, so ist inzwischen in Bremen auch die Polarisierung bundesdeutscher Bildungspolitik deutlich geworden. Während die einen im "Bremer Modell" die Ausgeburt marxistisch-leninistischen Revolutionseifers sehen, blicken die anderen auf Bremen als der letzten Chance, demokratisch organisierte Universitätsreform durchzusetzen.

Die ganze Erregung um Bremen ist nur für den verständlich, der nicht berücksichtigt, was von Anfang an Sinn dieser öffentlichen Universitätsgründung gewesen ist: Daß einmal die Universitätskonflikte, die bundesweit sind und die nie bestritten wurden,

schon in der Gründungsphase ausgetragen werden sollten, in aller Öffentlichkeit. Es ist selbstverständlich, daß Universitätsreform kein Hoheitsakt, sondern eine permanente Aufgabe ist, die viele, auch die härtesten Meinungsverschiedenheiten bringen wird. Zum anderen wird in Bremen nicht nur geredet, gefordert und am Symptom kuriert, hier wird tatsächlich versucht, Entscheidungen zu treffen, und allein um diese Entscheidungen geht es: Um die Mitbestimmung bei Lehre und Forschung, um die Beteiligung aller Statusgruppen, um den Abbau von Privilegien, um die Kontrollierbarkeit von Entscheidungen und um berufs- und praxisbezogene Studiengänge, also um die Studienreform schlechthin, die ja nicht aus Zufall bisher an allen anderen Universitäten, auch jenen, die reformieren wollen, in umfassender Weise nicht gelungen ist.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen und die Bremer Universität haben sich so oft und so eindeutig zu Freiheit von Lehre und Forschung bekannt, daß es schon fast eine Unterstellung bedeutet, erneut darauf hinzuweisen. Grundgesetz, Landesverfassung und ein klares und unanfechtbares Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie sind Grundlage der Hochschulpolitik der Bremer Landesregierung. Dieses Bekenntnis enthält allerdings keine Absicherung der Ordinarienuniversität mit ihrer schon längst nicht mehr bestrittenen Strukturkrise.

Wir haben heute ganz bewußt auf eine feierliche Eröffnung verzichtet und stattdessen die selbstverständlich auch etwas aus dem Rahmen fallende größer angelegte Eröffnungssitzung des Gründungssenats gewählt, um schon durch diese Form den Arbeitsstil dieser Universität, aber auch die engen und sachlichen Verbindungen zwischen staatlicher Seite und Universität aufzuzeigen.

Es ist ja nicht das erstemal, daß sich die Landesregierung der Freien Hansestadt Bremen und der Gründungssenat in gemeinsamer Beratung zusammenfinden. Wenn ich hoffe, daß mit der heutigen Universitätseröffnung unsere Wünsche in Erfüllung gehen, so meine ich damit nicht die Erfüllung politischer oder hochschulpolitischer Wunder. Wir werden den mühsamen Weg der Reform weitergehen und dabei von uns selbst, aber auch von anderen immer wieder Sachlichkeit und volle Kooperationsbereitschaft fordern müssen. Meinungsverschiedenheiten, auch Spannungen, sind nur Marksteine auf dem Weg dieser Entwicklung und nicht etwa Zeichen der Kapitulation oder Zeichen des Verzagens an der eigenen Aufgabe.

Ich wünsche der Universität einen guten Start und hoffe, daß sich Hochschullehrer und Studenten nicht nur in der Anfangsphase, sondern auch in späteren Jahren daran erinnern werden, daß Bremen mit dieser Universität nicht nur schwere finanzielle Lasten auf sich genommen hat, daß jeder Bürger also auch Finanzier dieser Universität ist, sondern daß die Bremer Landesregierung und die sie tragende parlamentarische

Mehrheit auch erhebliche politische Opfer gebracht und schwerste Auseinandersetzungen nicht gescheut haben, um dieses Werk in Gang zu setzen. Ob unsere mit der Universitätsreform verbundenen Vorstellungen und Absichten letzten Endes in Erfüllung gehen werden, weiß niemand zu sagen. Wir haben uns jedoch bemüht, Türen aufzustoßen. Das mag heute eine Selbstverständlichkeit scheinen, war jedoch noch vor gar nicht langer Zeit ein Schritt, an den viele nicht zu glauben wagten.

Zur heutigen Eröffnungssitzung begrüße ich den Präsidenten des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick, die Damen und Herren des Gründungssenats, die Damen und Herren der Bremischen Bürgerschaft, alle Hochschulangehörigen und die vielen Vertreter des öffentlichen Lebens in Bremen, die trotz aller Transparenz der Universität heute nur in begrenzter Zahl eingeladen werden konnten, weil die Räume im Rathaus nicht ausreichen, die große Zahl der Interessenten aufzunehmen. Sie alle aber sind Vertreter der Bremer Bürgerinnen und Bürger, die mit kritischem Wohlwollen und hanseatischer Bereitschaft Ihrer Arbeit und unserem Werk ein gutes Gelingen wünschen.

Erklärung des Gründungsrektors zum Studienbeginn an der Universität Bremen

Seit einem Jahrzehnt bemüht sich das Land Bremen um die Gründung dieser Universität. Daß dies so lange gedauert hat, liegt daran, daß die Finanzkraft Bremens nicht stark genug ist, eine Universität allein zu tragen. Bremen ist auf finanzielle Hilfe von Bund und Ländern angewiesen, und es hat lange genug gedauert, bis die Finanzierung dieser Universitätsgründung einigermaßen sichergestellt war.

In der Zwischenzeit hat das Land Bremen sich mit verschiedenen Mitteln bemüht, den angemessenen Weg der Universitätsgründung zu finden. In diesem Bemühen schlägt sich der Wandel der hochschulpolitischen Konzeptionen in der Bundesrepublik nieder. Resultat der verschiedenen Versuche war der Plan des Landes Bremen, diese Universität nicht im Schoße der Regierung von einer Behörde aufbauen zu lassen, sondern von einer aus auswärtigen Professoren, Assistenten und Studenten zusammengesetzten Gründungsorganisation, die in ebenso wissenschaftlicher wie demokratischer Weise die negativen Erfahrungen mit der traditionellen Universität zu einer zukunftsweisenden Reformkonzeption verarbeiten sollte. Dieses "Bremer Modell" sollte erreichen, daß die vielfältigen Konflikte, mit denen eine moderne Universität fertig zu werden hat, bereits weitgehend in ihrer Gründungsphase verarbeitet werden. Und die gesamte Gründungsarbeit sollte unter größtmöglicher Beteiligung der Öffentlichkeit geschehen.

Wenn die Universität Bremen am 19. Oktober mit 450 Studenten ihren Lehrbetrieb aufnimmt, so tut sie dies unter Bedingungen, die ihren eigenen Ansprüchen nicht genügen und mit ihrer Planung nicht übereinstimmen.

Ursprünglich war die Eröffnung der Universität für den Herbst 1973 vorgesehen gewesen. Als Anfang 1970 die Bundesregierung ein Schnellbauprogramm anbot, um dem allgemeinen Mangel an Studienplätzen rasch zu begegnen, hat sich der Gründungssenat der Bremer Universität bereit erklärt, in provisorischen Schnellbauten schon im Herbst 1971 den Lehrbetrieb aufzunehmen.

Voraussetzung dieser Vorverlegung war die strikte Einhaltung eines knapp kalkulierten Terminplanes. Im Bereich der Bauten sind die vorgesehenen Termine weitgehend eingehalten worden. Bei anderen Bereichen aber haben Terminverzögerungen schwerwiegende Folgen gehabt.

Das Gründungskonzept der Universität sah vor, daß nach Entwicklung von Rahmenkonzeptionen durch die Gründungsgremien in der Zeit von Mai bis September 1971 das konkrete Lehrprogramm in grundlegend reformierter Form von Gründungsgremien und berufenen Hochschullehrern gemeinsam erarbeitet werden sollte. Es konnte gemäß den

Prinzipien der Freiheit von Lehre und Forschung und auch mangels fachlicher Kompetenz der hauptamtlichen Kräfte der Universität, die für eine Ausgestaltung der Lehrinhalte nicht ausgewählt worden sind, nicht von den Gründungsorganisationen allein erstellt werden.

Dies haben jene nicht begriffen, die den Gründungsgremien den Versuch einer inhaltlichen Fixierung der Lehrprogramme unterstellten.

Die Verwirklichung dieser Planung bedingte, daß die Hochschullehrer, die in der Regel nicht während eines Semesters ihren Arbeitsplatz wechseln können, spätestens in der ersten Hälfte April vom Senat der Freien Hansestadt Bremen berufen wurden. Die entsprechende Terminplanung wurde im September 1970 fixiert und von seiten der Universität im Bereich der Lehrerbildung wie der Mathematik realisiert. Im Bereich der Sozialwissenschaften führten personalpolitische Kontroversen mit dem Senat bereits auf seiten der Universität zu Verzögerungen des Berufsprogramms.

Hemmnisse auf seiten des Senats, von oppositioneller Wahlkampfagitation begleitet, hatten zur Folge, daß sämtliche Berufungen erst nach dem geplanten Spätermin beschlossen worden sind. Darum gelang es nur in wenigen Fällen, noch während des Sommersemesters berufene Hochschullehrer zur Arbeitsaufnahme in Bremen zu gewinnen.

Der Gründungssenat hat, wenn wir von der Berufung der nebenamtlichen Gastprofessoren absehen, bislang 108 Berufungslisten beschlossen. Nach Ablehnungen, Absagen, Berufungen von Reservevorschlägen usw. sind derzeit 81 Hochschullehrer vom Senat berufen, einige Vorschläge harren noch der Senatsentscheidung.

Von den 81 Berufenen (62 Professoren, 11 Assistenzprofessoren und 8 wissenschaftliche Angestellte mit Lehraufgaben) sind bis heute 36 Hochschullehrer ernannt (32 Professoren, 3 Assistenzprofessoren und 1 wissenschaftlicher Angestellter mit Lehraufgaben). Überdies sind gegenwärtig weitere 21 Hochschullehrer auf Vorvertragsbasis beschäftigt, mit deren Ernennung in Kürze zu rechnen ist.

Insgesamt verfügt die Universität gegenwärtig über 57 hauptamtliche Hochschullehrer (44 Professoren, 8 Assistenzprofessoren und 5 wissenschaftliche Angestellte mit Lehraufgaben). Der größte Teil von ihnen konnte erst innerhalb der vergangenen 4 Wochen seinen Dienst an der Universität Bremen aufnehmen.

Diese zur Zeit arbeitenden Hochschullehrer verteilen sich auf die Studienbereiche wie folgt: Erziehungswissenschaften und Psychologie 7, Arbeitslehre/Politik 10, Kommunikation und Ästhetik 11, Sport 1, Mathematik 8, Physik 4, Rechtswissenschaften 8,

Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften im engeren Sinne 7.

Das bedeutet: Die Lehrveranstaltungen des Wintersemesters sind nicht in dem Maße und in der Form vorbereitet worden, wie geplant war. Sie sind unter enormen Zeitdruck entstanden und tragen zum Teil Züge der Improvisation. Zwar ist diese Situation typisch für die Universitätsgründungen der jüngsten Zeit. Angesichts des desolaten Zustandes der traditionellen Universitäten läßt sich die jetzige Eröffnung der Universität Bremen durchaus rechtfertigen.

Aber den besonderen Ansprüchen der Bremer Reform genügt der derzeitige Zustand nicht. Der Gründungssenat hat darum erklärt, daß das erste Semester nur als Experimentalphase verstanden werden darf.

Die Universität hatte erwartet, spätestens im April 1971 über ihren Haushalt zu verfügen. Unter dem Zeitdruck der allgemeinen Haushaltsberatungen für den Bremischen Landeshaushalt 1972/73 hat sich der Haushaltsausschuß der Bürgerschaft aber erst im Juni in der Lage gesehen, den Universitätshaushalt 1971 abschließend zu beraten. Die Folge war eine Verzögerung im Aufbau des Dienstleistungsbereiches der Universität, die angesichts des Termindrucks allenthalben spürbar wird.

Die Universität hat angesichts dieser Verhältnisse Anspruch auf Verständnis seitens des Staates und der gutwilligen Öffentlichkeit für ihren gegenwärtigen, unbefriedigenden und lädierten Zustand. Ein gutes Stück der Arbeit, die am heutigen Tage geleistet sein sollte, liegt noch vor uns, und es muß unter den erschwerten Bedingungen des ersten Semesters geleistet werden.

An unserer Universität wird das Studium in wesentlich stärkerem Maße sich auf die Probleme der künftigen Berufstätigkeit der Studenten beziehen, als dies an traditionellen Universitäten üblich ist. Die Studenten sollen lernen, sich die Methoden und Erkenntnisse der Fachwissenschaften so zu erschließen, daß sie sie dann im Berufsleben tatsächlich zur Lösung praktischer Probleme verwenden können. Dieses Ziel der Studienreform hat weitreichende Konsequenzen: Es bedeutet nicht, daß die Fachwissenschaften von einer Art wissenschaftlich angereicherter Berufskunde verdrängt werden. Und es bedeutet auch nicht Verschulung des Studiums. Beides anzunehmen hieße, das Wesen berufsbezogener Bildung zu verkennen. Sondern es geht darum, die Fachwissenschaften durch Fragen und Problemstellungen aus den gesellschaftlichen Tätigkeitsbereichen für die berufsbezogene Lehre zu erschließen.

Solche praxisbezogenen Fragen und Probleme lassen sich aber nur dann wissenschaftlich zureichend erschließen, wenn nicht jeweils eine isolierte Fachwissenschaft befragt, sondern wenn vielfältige unterschiedliche Fächer zugleich zu Rate gezogen werden. In

diesem Sinne werden die Gesellschaftswissenschaften, zu denen die Erziehungswissenschaften gehören, eine wichtige Aufgabe bei der praktischen Verbindung der traditionellen Fachwissenschaften haben. Denn die Einheit der Spezialprobleme liegt in der Gesellschaft selbst, dem Gegenstand der Gesellschaftswissenschaften. Machen wir uns nichts vor: Die Verwirklichung interdisziplinärer, fächerübergreifender Lehre, das heißt einer fruchtbaren Zusammenarbeit von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen in der Lehre, das ist ein Ziel, an dem wir angesichts der traditionellen gegenseitigen Fremdheit der Fächer und der zusätzlichen Arbeitsbelastung solcher Zusammenarbeit schwer zu laborieren haben werden.

Eng mit diesem interdisziplinären Ansatz im Zusammenhang steht das Ziel wissenschaftlich abgesicherter Studienplanung. Die Lehrveranstaltungen, in denen ein Student während eines Semesters und durch die Semester hindurch mitarbeitet, diese Lehrveranstaltungen sollen ein sinnvolles Ganzes ergeben, das den wissenschaftlich zu erarbeitenden Studienzielen entspricht.

Das bedeutet praktisch, daß nicht nur konkrete, berufsbezogene Studiengänge erarbeitet werden, sondern daß das Veranstaltungsprogramm von Semester zu Semester in gemeinsamer Arbeit vorbereitet wird, von den Hochschullehrern verschiedener Fächer, und in Zusammenarbeit mit den Studenten selbst, die in dieser Vorbereitungsarbeit erkennen, welches der Sinn des Lehrangebotes ist.

Projektstudium bezeichnet die Programmierung eines Teiles der Lehre dergestalt, daß sich Zusammenhang und Abfolge der Arbeit mehrerer Arbeitsgruppen als schrittweise, arbeitsteilige, fächerübergreifende Lösung eines praktischen Problems darstellen. Nicht das bloße, abstrakte Examenswissen steht im Mittelpunkt des Studiums, sondern die Verwendung verschiedener Fachwissenschaften und ihrer Methoden zur Lösung praktischer Probleme. Der praktische Sinn wissenschaftlichen Arbeitens, aber auch des bloßen Wissenerwerbs, wird für die Studenten einsichtig. Damit wird die Lernmotivation gestärkt. Ziel ist, das Lernen zu lehren, die Studenten zur Selbsttätigkeit, also zum Studium zu gewinnen und sie zu lebenslangem Lernen zu befähigen.

Das klingt gut und schön. Doch lebensnahe, berufsbezogene Ausbildung anstelle der üblichen Ausbildung in abstrakten Disziplinen, die auf Distanz zur gesellschaftlichen Wirklichkeit bedacht sind – diese Wendung fordert ihren Preis. Die Einbeziehung etwa der Schulbuchkritik, des Studiums von Gerichtsprotokollen, von Leitartikeln der FAZ zur Bildungspolitik, der unterschiedlichen Lebenslagen von Arbeiterkindern und Kindern aus Akademikerfamilien, der Wirtschaftsordnung, der Berufswelt usw. – also die Einbeziehung der gesellschaftlichen Wirklichkeit, so wie sie sich der Wissenschaft darstellt und wie sie dem Berufstätigen in seiner täglichen Arbeit gegenübertritt: Das bedeutet Mobilisierung praktischer Gesellschaftskritik. Wer Hochschulabsolventen haben will, die sich für ihren Beruf engagieren, die ihre Arbeit gründlich tun und

wissenschaftlich denken können, um neue Lösungen, Verbesserungen, Produktivitätssteigerungen zu schaffen, der muß zugleich kritische Hochschulabsolventen in Kauf nehmen, die das Unzulängliche in der Gesellschaft als zu Veränderndes begreifen und respektlos auf die Veränderung drängen. Wer heute die Universität zur Quelle beruflicher Produktivitätssteigerung machen will, macht sie, so wie die Dinge, die Welt und die FAZ nun einmal liegen, zur Quelle produktiver Unruhe. Das bringt natürlich auch Gefahren und Risiken mit sich. Wir erleben heute vielfach, daß die Erfahrung mit den Schwierigkeiten des Veränderns, die Erfahrung mit der Borniertheit, der Mutlosigkeit und Schlappeit vieler Etablierten, die Erfahrung mit der Skrupellosigkeit reaktionärer Kräfte, die Erfahrung mit dem Schneckentempo der verheißenen inneren Reformen – daß all diese Erfahrungen einen Teil der engagierten Jugend zu abstraktem Revoluzzertum verleiten. Wir erleben an mancher Universität, daß sich die Intoleranz und Illiberalität dieser Gesellschaft als Intoleranz und Illiberalität von Studenten breitmachen, daß im Namen von Emanzipation und Fortschritt ein Dogmatismus auftaucht, der kritische Wissenschaft zu ersticken droht und eine für die Gegner des Fortschrittes nützliche Sterilisierung progressiven Denkens erzeugt.

Wir erfahren zugleich Tendenzen in einer frustrierten Studentengeneration, aus der Konfrontation mit konservativen Kräften heraus die Mitbestimmungs- und Kooperationsformen der Hochschulen für bloße Fraktionspolitik zu instrumentalisieren. Vor allem die Personalpolitik, die Hochschullehrerauswahl, die Tutorenauswahl sind der Gefahr ausgesetzt, daß weniger die Vertreter kontroverser Positionen gesucht werden und daß das Bedürfnis nach gegensätzlichen Standpunkten verdrängt wird.

In dieser Universität aber sind die Studenten keine Randgruppe, die ständig um ein Minimum an Einfluss zu ringen hätte. Sie werden vielmehr einflussreiche Träger dieser Universität sein. Sie werden die Nutznießer dieser Studienreform sein. Ihnen wollen wir ein Studium ermöglichen, in dem das Lernen nicht im Widerspruch zu dem steht, was sie bewegt und was sie für vernünftig halten. Die Arbeitsanforderungen des Studiums sollen sich ihnen nicht mehr als autoritäre Belästigung und Zumutung präsentieren, sondern als sachliche Voraussetzungen zur Bewältigung des täglichen Lebens und seiner Probleme.

Die Studenten werden das objektive Interesse an der Studienreform dieser Universität zu vertreten haben. Ihre paritätische Beteiligung an der Selbstverwaltung der Universität soll sie in die Lage versetzen, die Verwirklichung einer ihren Interessen entsprechenden Lehre sicherzustellen. Von ihrer Vernunft und ihrem Engagement hängt der Erfolg dieser Universität ab. Ich bitte die Studenten, sich in ihrer Hochschulpolitik der am Bildungsertrag orientierten Reform von Lehre und Forschung anzunehmen, und ich bitte Sie, sich gemeinsam mit den Hochschullehrern in Lehre und Forschung einzusetzen für die Verwirklichung der unverzichtbaren Prinzipien emanzipatorischer Wissenschaft: Nämlich offene, faire Diskussion aller Standpunkte und

Infragestellung auch der eigenen Anschauungen.

Die größte Umstellung verlangt diese Universität aber von den Hochschullehrern. Die Personalstrukturreform beseitigt die autoritären Abhängigkeitsverhältnisse. Assistenzprofessoren auf Zeit und Professoren auf Lebenszeit sind gleichberechtigt.

Es gibt keine Assistenten mehr. Dies ist doch der Grund dafür, daß sich kaum wohl- ausgestattete Ordinarien aus dem Spektrum des Bundes Freiheit der Wissenschaft hier in Bremen beworben haben. Die bisherigen Arbeiten der Assistenten: Fußnoten und Gutachten schreiben, Literatur auswerten, studentische Arbeiten korrigieren usw. — diese Arbeiten werden von den Professoren nunmehr selbst getan werden müssen. Es darf nicht dazu kommen, daß Tutoren zu Ersatz-Assistenten gemacht werden.

Gewiß, wir haben die Professorenstellen vermehrt. Professorenstellen und Assistenzprofessorenstellen treten an die Stelle von Assistentenstellen. Ein Hochschullehrer kommt auf 10 Studenten. Wir bitten das Land Bremen, daß es dieses Minimum auch in Zukunft sichert. Aber die Arbeitsanforderungen an unsere Professoren sind in der Lehre dennoch größer als an anderen Universitäten. Die Arbeit an neuen Lehrkonzeptionen und ihre dauernde Überprüfung; die Vorbereitung der Lehrveranstaltungen in enger Zusammenarbeit mit Kollegen und Studenten, die andere Ansichten und andere wissenschaftliche Methoden haben; das gegenseitige Von-Einander-Lernen der Vertreter verschiedener Fächer für eine berufsorientierte Lehre; dazu der Aufbau einer neuen, anspruchsvollen Organisation von Lehre und Forschung, gar unter den geschilderten erschwerten Bedingungen; das Ganze begleitet von einem oppositionellen Trommelfeuer, das Kampfnaturen, nicht aber sensiblen Wissenschaftlern angemessen ist; — all dies bedeutet eine große Belastung für die Hochschullehrer dieser Universität.

Es besteht die Gefahr der Überforderung der Hochschullehrer, der Zermürbung von Reformbereitschaft, die Gefahr, daß die interdisziplinäre Kooperation zerfällt und die gemeinsame Studienplanung zur Produktion abstrakter Programme absinkt.

Dies ist die Kernproblematik der Studienreform, die an anderen Hochschulen ihrer Verwirklichung im Wege steht: Die Studienreform kann nicht befohlen werden. Kein Gesetz kann sie erzwingen, kein Universitätsbeschluß kann sie sicherstellen. Wo die Hochschullehrer sie nicht freiwillig tragen, kann sie nicht gelingen. Sie hängt auf Gedeih und Verderb vom guten Willen der Hochschullehrer, von ihrem Engagement ab. Und sie verlangt zugleich von den Hochschullehrern Opfer. Dieser idealistische Kernpunkt der Studienreform, darum deren materielle Schwäche, zwingt uns dazu, eine Berufungspolitik zu betreiben, die nicht nur, wie es sonst üblich ist, die Forschungsqualitäten der Bewerber mißt, sondern darüber hinaus auch Eignung und Engagement für eine solche reformierte Lehre.

Wer von uns eine Reform der Lehre in diesem Sinne verlangt: Fächerübergreifend, berufsbezogen, integriert geplant, an rationaler Problemlösung orientiert – der muß uns die Hochschullehrer gewähren, die wir brauchen: Eine pluralistische Vielfalt von Standpunkten zwar, aber zugleich kooperationsbereite, engagierte Hochschulreformer. Insofern sind wir einseitig. Insofern unterscheidet sich unsere Hochschullehrerschaft von der traditioneller Universitäten. Dies ist eine Vorgabe, die – so hoffen wir – vielleicht zwei bis drei Jahre lang unser Reformexperiment zu tragen vermag. In diesen Jahren muß es gelingen, neue Planungs- und Organisationsformen von Lehre und Forschung so einzufahren, daß sie leichtgängig funktionieren und daß sie keine dauernde Schinderei bedeuten, daß sie Spaß machen. Sonst wird diese Studienreform scheitern.

Die vielfältigen politischen Angriffe, denen sich die Universität Bremen im letzten Jahr ausgesetzt gesehen hat, beziehen sich alle auf eine Konsequenz unseres Bemühens: Auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen moderner, funktionsgerechter Universität und gesellschaftlicher Reform. Will jemand bestreiten, daß es die Aufgabe der universitären Wissenschaft ist, neue Kenntnisse, Vorstellungen, Konzeptionen und Techniken zu erarbeiten, die in der Gesellschaft nutzbar gemacht werden können? Will jemand bestreiten, daß dies zugleich bedeutet, gegenwärtige Erkenntnisse, Vorstellungen, Konzeptionen und Techniken zu kritisieren? Und will jemand bestreiten, daß der Sinn solcher wissenschaftlichen Arbeit es ist, zur Verbesserung der Bedingungen unseres täglichen Lebens beizutragen, also zur inneren Reform der Gesellschaft?

Eine so verstandene Universität als Ort kritischer Wissenschaft, die ihre Meinungen sagt und ihre Forschungsergebnisse ungeniert der Öffentlichkeit wie den Studenten mitteilt, eine so verstandene Universität gerät unausweichlich in Konflikt mit gesellschaftspolitischen Kräften. Warum? – Ganz einfach deshalb, weil gewichtige gesellschaftliche Interessen fürchten, durch solche Kritik beeinträchtigt zu werden. Das können von Fall zu Fall ganz verschiedene Kräfte sein. Aber je mehr eine Interessengruppe auf die Verteidigung der bestehenden Verhältnisse eingeschworen ist, desto mehr fürchtet sie wissenschaftliche Kritik und desto mehr strebt sie danach, diese Kritik zum Verstummen zu bringen. Es ist überflüssig, Beispiele zu nennen, denn ihre Auswahl wäre unvermeidlich einseitig. Aber es ist sicher: In den meisten Sachgebieten hätten kompetente kritische Wissenschaftler an der gegenwärtigen Realität mehr zu kritisieren, als sie an Prügel von Seiten der Kritisierten zu verkraften vermöchten.

Es gibt in der Bundesrepublik starke Kräfte, die mit Händen und Füßen dagegen kämpfen, daß eine kritische Einstellung der Bürger alltägliche Realität wird, weil sie fürchten, daß ihre Interessen und ihre Macht einem geschärften Blick wohlinformierter Bürger nicht standhält. Sie leben von der Unwissenheit, von der Uninformiertheit des Volkes. Und sie wissen das. Darum bekämpfen sie eine kritische reformorientierte Universität mit allen Mitteln nach dem Motto: Wehret den Anfängen!

Diese heftige konservative Opposition gegen die Bremer Universität war zu erwarten. Überraschend und aufschlußreich sind allenfalls ihre Methoden. Es ist festzustellen: Die große Mehrzahl der aktiven Gegner unserer Universität ist der Diskussion mit uns ausgewichen. Sie ist nicht auf unsere Argumente und unsere Fragen eingegangen. Sie hat sich den Problemen, vor denen wir stehen, nicht gestellt. Sie hat in einem Ausmaß mit Falschinformationen und Verleumdungen gearbeitet, das auch abgehärtete Realisten erschrecken mußte. Es war für uns eine häufige Erfahrung, daß Journalisten und andere Neugierige aus dem Bundesgebiet, die in Bremen eine "rote Kadenschmiede" studieren wollten, erschüttert waren über den Kontrast zwischen dem über die Universität Bremen verbreiteten Bild und dem, was sie tatsächlich vorgefunden haben.

Diese Universität will in aller Öffentlichkeit arbeiten, und sie will durch das Wort in der Öffentlichkeit wirken. Das klingt schön auf der Ebene abstrakten Redens über Demokratie. Was es aber konkret bedeutet, was Wissenschaftler in dieser Universität zu erwarten haben, das haben die letzten Monate gezeigt. Dies ist noch immer ein Land, in dem es Mut und Opferbereitschaft kostet, mit aller Konsequenz ein dem Volke zu kritischer Offenheit verpflichteter Wissenschaftler zu sein.

Ein Wort an die Professoren dieser Universität. Seien Sie gewarnt. Wenn Sie in Ihrer wissenschaftlichen Arbeit öffentliche Vorurteile auseinandernehmen, wenn sie unangenehme Wahrheiten aussprechen, wenn Sie durch schmerzhaft Reformvorschläge auffallen, wenn Sie gewichtigen Interessen ins Gehege geraten, dann kann Ihr öffentliches Ansehen gefährdet werden. Sie müssen damit rechnen, daß man Ihre Schriften auf Zitate hin durchforstet, um Sie madig zu machen. Sie müssen damit rechnen, daß in der Bürgerschaft Ihre Verfassungstreue geleugnet wird. Sie müssen mit allen möglichen Verleumdungen rechnen. Ihre Gegner werden Ihnen nicht die Chance lassen, sich mit Ihnen öffentlich auseinanderzusetzen. Und mit juristischen Mitteln kommen sie nicht dagegen an.

Diese öffentliche Kampagne hat die Aufgabe, uns vorbeugend einzuschüchtern. Wir können nur mit ihr fertigwerden, wenn wir solidarisch zueinander stehen und wenn wir Hilfe von außen erhalten. Und diese Hilfe werden wir nur erhalten, wenn wir uns unbeirrt darum bemühen, uns der aufgeschlossenen Öffentlichkeit verständlich zu machen.

Diese dauernde Diskussion mit der Öffentlichkeit ist mühsam. Aber daß sich die Mühe lohnt, haben die vergangenen Monate gezeigt. Trotz der heftigen Angriffe von oppositioneller Seite halten, wie eine jüngst abgeschlossene Untersuchung zeigt, 70 % der Bremer diese Universität für eine Reformuniversität, die den Erfordernissen von heute entspricht und Ernst macht mit Demokratie und gleichen Bildungsmöglichkeiten für alle. Selbst 60 % der CDU-Anhänger teilen diese Ansicht.

Für die Universität aber gilt es, einer Gefahr zu begegnen, die solche Kampagnen konservativer Gegner mit sich bringen. Der Druck von außen darf nicht dazu führen, daß wir untereinander unsere kritische Auseinandersetzung über unsere gegenseitigen Standpunkte einschränken.

Herr Bürgermeister, der Senat der Freien Hansestadt Bremen weiß, was auf dem Spiele steht. Er weiß, daß Wissenschaftler nicht frei sind ohne Recht auf Irrtum. Er weiß, daß die Universität den Schirm des Staates braucht, auch und gerade in den tagtäglichen Auseinandersetzungen. Er weiß, daß die Freiheit von Lehre und Forschung nicht allein durch Gesetze zu schützen ist, sondern daß sie verkümmern wird, wenn die Universität öffentlichen Einschüchterungen unterliegt.

Autonomie der Universität gegenüber dem Staat heißt nicht Selbstisolierung und In-Ruhe-gelassen-werden. Sie ist keine bloße verfassungsrechtliche Norm. Sondern sie ist inhaltlich zu verstehen: Autonomie bedeutet den Schutz der Universität und ihrer Angehörigen vor politischen Pressionen, vor Einschüchterungen. Die Wissenschaftler müssen unabhängig bleiben vom Wohlwollen der Mächtigen. Insofern meint Autonomie nichts anderes als Freiheit von Lehre und Forschung, als Freiheit zur Kritik.

Dies ist aber nicht das heute üblich gewordene Verständnis von Autonomie. Hinter der Parole von Autonomie verbirgt sich heute häufig ein negatives Tauschgeschäft, eine Art Nichtangriffspakt auf Gegenseitigkeit: Die Wissenschaft verzichtet darauf, gesellschaftlichen Kräften allzu sehr ins Gehege zu kommen, sie verzichtet auf Popularisierung, Vergesellschaftung ihrer kritischen Einsichten, und sie wird dafür in Ruhe gelassen und geehrt.

Eine derart angepaßte Universität aber hat der Bremer Senat mit dem "Bremer Modell" nicht im Sinn gehabt. Es soll eine kritische Universität, eine Reformuniversität sein. Damit wird sie zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung, und daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines neuen Verhältnisses von Universität und Regierung.

Wohl beruht die Wirkung einer kritischen Wissenschaft allein auf dem Wort, allein auf ihrer Fähigkeit, die Öffentlichkeit anzusprechen und zu gewinnen. So aber sind die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht, daß eine nur ihrer Sache, nur der Kritik des Bestehenden und seiner Veränderung verpflichtete Universität auf den Schutz der Öffentlichkeit bauen könnte. Sie braucht politischen Schutz von staatlicher Seite. Ohne den Schutz des Staates, ohne die engagierte Unterstützung durch den Senat der Freien Hansestadt Bremen wird diese Universität der Opposition ihrer mächtigen Gegner nicht widerstehen können. Viele Hunde sind des Hasen Tod! Bundes- und Länderfinanzierung, Haushaltspolitik, Personalpolitik, die Ausgestaltung des Hochschulrechts, der Universitätsverfassung, der Prüfungsordnungen, Numerus clausus usw.:

die Universität ist äußerst verletzbar. Ohne den Schutz und die aktive Unterstützung durch den Senat, ohne Rückendeckung durch die Bürgerschaft, wird all unser Reformbemühen vergebene Liebesmüh sein.

Dem steht gegenüber die tief verwurzelte gegenseitige Fremdheit von Staat und Universität, die Wesensverschiedenheit ihrer Handlungsmaximen. Zur staatlichen Politik gehört der Kompromiß zwischen Interessen und Mächten unter Hintanstellung der Frage nach Richtig oder Falsch, ein Pragmatismus, der in der Wissenschaft tödlich wäre. Offenheit ist kein politisches Prinzip. Selbst eine Politik, die auf Aufklärung des Volkes aus ist, muß sich in der Gegenwart hüten, ungeschützt zu sprechen. Eine Wissenschaft dagegen, die sich öffentlichen Vorurteilen unterwerfen und Tarnung zum Prinzip erheben würde, gäbe sich selbst auf.

Es kann darum kein konfliktfreies Verhältnis zwischen Regierung und Universität geben. Eine kritische Reformuniversität kann auf Dauer aber auch nicht existieren ohne ein fundamentales Einverständnis mit der Regierung und der Parlamentsmehrheit. Konkret gesprochen: Wir würden nicht auf die Idee kommen, heute etwa in Bayern eine solche Universität aufbauen zu können.

Diese politische Situation läßt das traditionelle Verständnis von Hochschulautonomie problematisch werden. Die Universität kann die politischen Handlungszwänge nicht ignorieren, denen die Regierung ausgesetzt ist. Sie kann sich aber auch nicht den taktischen Erwägungen einer Regierung unterordnen oder anpassen, ohne in Widerspruch zu ihren wissenschaftlichen Prinzipien zu geraten.

Es bedarf darum eines geregelten Konfliktverhältnisses auf der Basis prinzipieller fairer Partnerschaft. Die Universität muß pragmatischen Zumutungen seitens der Regierung widerstehen, ohne mit der Regierung zu brechen und ohne eine Strategie des offenen Kampfes zu verfolgen.

Von seiten des Senats aber darf es kein bedingungsloses Diktat geben, kein "Basta". Der staatliche Oktroi würde die unabdingbare Kooperation zwischen beiden Seiten zerstören. Vielmehr erhoffen wir uns vom Senat, daß er insofern den Prinzipien der Wissenschaft entspricht, als er stets zum fairen, offenen Gespräch mit der Universität bereit ist.

Die Vertreter der Gründungsgremien haben diesbezüglich mit dem Senat gemeinsam schon vielfältige Erfahrungen gesammelt und die konkreten Schwierigkeiten kennengelernt. Wir haben erfahren, daß dieses partnerschaftliche Verhältnis, daß ein kritischer Dialog auf der Basis eines fundamentalen Konsensus möglich ist, daß sie aber dauernd gefährdet sind. Den neuen Hochschullehrern und Studenten dagegen ist dieses

Verhältnis noch weitgehend unbekannt. Für sie war die Entscheidung des Senats bezüglich der Ernennung von Professor Dr. Holzer die primäre Erfahrung.

Die weitere Entwicklung der Universität, der Erfolg unserer Reformbemühungen hängt davon ab, ob es gelingt, zwischen den neuen Trägern dieser Universität und dem Senat der Freien Hansestadt Bremen ein offenes, faires Kooperationsverhältnis zu gewinnen. Um dieses Zieles willen bitte ich Sie, Herr Bürgermeister, und den Senat, in den kommenden Monaten in ein intensives Gespräch mit den Hochschullehrern und Studenten der Universität über alle anstehenden Fragen und über die weitere Entwicklung der Universität wie der bremischen Hochschulpolitik einzutreten.

Zum Schluß habe ich, im Namen der künftigen Universität, all jenen Dank zu sagen, die zum Gelingen dieser Universitätsgründung mit Tat, mit Rat, mit Kritik oder mit Sympathie beigetragen haben.

Mein Dank gilt Bürgermeister Koschnick, dem Senat und der Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen, die dieses riskante Unternehmen gewagt haben. Dies ist ein einmaliger, eindrucksvoller, für unsere Demokratie zukunftsweisender Vorgang: Trotz heftiger politischer Opposition überträgt der Staat engagierten kritischen Reformern, Professoren, Assistenten und Studenten aus anderen Universitäten, die Aufgabe, ausgestattet mit den Rechten einer Universität und unter Verfügung über einen ansehnlichen Haushalt, eine neue Universität aufzubauen. Diese Herausforderung der reformorientierten Kritiker zur Praxis, zum Bessermachen, hat uns veranlaßt, uns mit unseren besten Kräften für das Gelingen einzusetzen. Sie hat uns veranlaßt, dieser Sache auch in den schwierigsten Situationen die Stange zu halten. Man schaue sich um nach rechts und nach links: Welche andere Regierung in der Bundesrepublik wie anderswo, hätte den Mut zu einem solchen Wagnis!

In Bremen ist vieles anders!

Mein Dank gilt insbesondere dem Mann, den Einäugige als "Speerspitze der Universität im Senat" bezeichnet haben und der um dieser Universität willen in besonderem Maße zur Zielscheibe feindseliger Angriffe gemacht worden ist. Bildungssenator Moritz Thape ist uns stets ein aufrichtiger, fairer und aufgeschlossener Gesprächspartner gewesen. Wir sind nicht immer einer Meinung gewesen. Aber wo er überzeugt war von der Richtigkeit unserer Vorstellungen, da hat er uns mit ganzer Kraft und unbeeindruckt vom Lärm der Widersacher unterstützt und verteidigt. In diesem Dank sei auch sein rat- und tatkräftiger Senatsdirektor Curt Kreuser eingeschlossen.

Mein Dank gilt der Bundesregierung, insbesondere Bundesminister Leussink, der unsere Arbeit mit Sympathie verfolgt, der uns im Bundestag verteidigt und der mit seinem Schnellbauprogramm erst den frühen Universitätsbeginn ermöglicht hat.

Mein Dank gilt ebenso dem Ministerpräsidenten der sozialdemokratisch geführten Bundesländer, die wesentlich zur Finanzierung dieser Universität beitragen.

Mein Dank gilt den vielen hilfsreichen Behörden und Instanzen der Freien Hansestadt Bremen, insbesondere dem Universitätsbauamt, das in enger Zusammenarbeit mit uns für ein zweckentsprechendes und termingerechtes Bauprogramm gesorgt hat.

Mein Dank gilt den Angehörigen des Dienstleistungsbereiches unserer Universität, die mit großen Engagement am Aufbau der Universität gearbeitet und die in aller Stille eine demokratische Dienstleistungsorganisation geschaffen haben, die willens und in der Lage ist, in der Selbstverwaltung dieser Universität ein gewichtiges Wort mitzureden.

Mein Dank gilt den neuen Hochschullehrern, die sich trotz der politischen Verketzerung unserer Universität, trotz der erschwerten Bedingungen des ersten Semesters und trotz der großen Anforderungen eines reformierten Lehrkonzeptes bereit gefunden haben nach Bremen zu kommen.

Mein Dank gilt den vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern im Gründungssenat und Planungskommissionen, die neben ihrer normalen Tätigkeit an anderen Universitäten unter Opferung ihrer Freizeit mit einer Intensität gearbeitet haben, die die uneingeschränkte Anerkennung der Öffentlichkeit verdient.

Mein Dank gilt den vielen Journalisten, die allen Merkwürdigkeiten unserer Sprache zum Trotz um Verständnis für unsere Arbeit geworben und uns immer wieder ermutigt haben. Und er gilt den vielen Bürgern dieser Stadt, die unsere Arbeit mit Sympathie und Anteilnahme verfolgt haben.

Ein Wort an jene, die aus aufrichtiger Sorge unsere Kritiker und Gegner geworden sind. Wir bitten Sie, sich der Diskussion mit uns nicht zu entziehen. Ob wir nun Recht haben oder uns irren: Die Probleme an deren Bewältigung wir arbeiten, sind auch ihre Probleme. Die Bundesrepublik kann die Krise ihrer Hochschulen nicht länger ertragen. Wer unseren Weg für falsch hält, muß nach besseren Wegen suchen. Wir sind immer bereit, uns der Auseinandersetzung mit alternativen Konzeptionen zu stellen.

Diese Universität ist nunmehr ein Stück bremische Wirklichkeit. Auch die politische Opposition kann es sich auf die Dauer nicht leisten, der inhaltlichen Auseinandersetzung mit uns aus dem Wege zu gehen.

Erwiderung des Präsidenten des Senats Bürgermeister Koschnick

Bremen eröffnet heute seine Universität. Dies ist für die Geschichte Bremens ein erstmaliger Vorgang, denn das im 16. Jahrhundert begründete und im Jahre 1610 mit vier Fakultäten ausgestattete Gymnasium illustre war zwar eine Art Hochschule, jedoch wegen der fehlenden Verleihung akademischer Grade noch keine echte Universität.

Wir haben soeben die Sorgen, Schwierigkeiten und Wünsche der Universität gehört, die uns an diesem Eröffnungstage bewegen. Lassen Sie mich hierauf mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen antworten:

Die Bremer Universität ist mit dem hohen Anspruch angetreten, eine Reformuniversität zu sein. Niemand hat erwartet, daß es dabei keine Schwierigkeiten geben würde. Niemand hat erwartet, daß dieses Modell nicht auf Kritik und auch auf Vorurteile stoßen würde. Hinzukommt, daß der Aufbau einer Universität sich im Spannungsfeld der Auseinandersetzungen zwischen Staat und Universität vollzieht. Eingriffsrechte und Eingriffspflichten des Staates stehen den Autonomie-Ansprüchen der Universität gegenüber.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat wiederholt erklärt und garantiert, daß die Bremer Universität in Forschung und Lehre den Grundgesetzerfordernissen gemäß frei sein wird und nicht, wie die Kritiker befürchten, eine Ausrichtung auf eine Kaderuniversität erfährt. Ich habe mich im März dieses Jahres persönlich gegenüber den Ministerpräsidenten der Länder für eine freiheitlich-demokratische Entwicklung der Bremer Universität verbürgt. Dazu stehe ich auch heute. Solange ich Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen bin, wird die wissenschaftliche Pluralität und die Pluralität gesellschaftspolitischer Auffassungen Bestandteil der Bremer Hochschulkonzeption bleiben. Pluralismus an einer Reformuniversität kann jedoch nicht steriles Abbild gesellschaftlicher Machtverhältnisse sein, sondern muß wesentlich die Reformstrukturen der neuen deutschen Hochschulpolitik berücksichtigen. Damit ist gewährleistet, daß die Universität von Hochschullehrern getragen wird, die sich tatsächlich für die in den letzten Jahren immer so dringend geforderten Reformen an den deutschen Hochschulen tatkräftig einsetzen. Das bedeutet zugleich eine eindeutige Absage an alle Kräfte, die die gewaltsame Revolution an die Stelle der Reform setzen wollen.

Diese grundsätzliche Einstellung des Senats ist durch das eindeutige Votum der bremischen Bevölkerung am vergangenen Sonntag bekräftigt und die vom Senat vorgetragene Bildungspolitik und damit auch die konsequente Reform- und Personalpolitik gebilligt worden. Es besteht daher kein Anlaß, von dieser Position abzuweichen.

In Bremen wird im Gegensatz zu machen, die nur von Reformen reden, ein Reformmodell tatsächlich erprobt. Die Verwirklichung des "Bremer Modells" war der Anfang, überholte verkrustete Strukturen aufzubrechen und zu zeitgemäßen Lösungen zu gelangen.

Wir wollen jedoch keine konfliktlose Universität, denn aus Konflikten entstehen Initiativen und Denkanstöße, die weit über den Raum der Universität hinaus wirksam werden können. Ich bin sicher, daß die Hochschulreform von Bremen entscheidende Impulse erhalten wird.

Lassen Sie mich an dieser Stelle aber eins ganz deutlich sagen: Der Senat der Freien Hansestadt Bremen vertritt vollinhaltlich die von Herrn Senator Prof. Dr. Stein in seiner Abhandlung "Staat, Hochschule, Pluralismus" (Zeitschrift "Bildung und Politik", September 1971) geäußerte Auffassung:

"Die Hochschulreform unserer Tage darf nicht dazu führen, daß die neue Hochschule die Fehler der alten Ordinarienuniversität nur spiegelbildlich übernimmt. Konservative Intoleranz darf sich nicht nur marxistisch verkehren, und der Elfenbeinturm des staats- und weltfremden Gelehrten muß geschleift und nicht nur rot angestrichen werden. Im ganzen kommt es bei der notwendigen Zusammenarbeit zwischen Staat und Hochschule darauf an, diese als integrierenden Bestandteil der Gesellschaftsordnung zu betrachten und nicht als einen sie in Frage stellenden Fremdkörper."

Ich bin mit Herrn Dr. von der Vring einer Meinung, daß die Hochschulreform – und damit auch die Studienreform – nicht verordnet werden kann. Der Senat hat sich daher bei seiner Personalpolitik davon leiten lassen, Hochschullehrer zu berufen, die die Bereitschaft mitbringen, ernsthaft an neuen Formen und neuen Methoden mitzuarbeiten und zu prüfen, ob in Ihren Fachbereichen projektbezogen und fächerübergreifend gearbeitet werden kann. Wir wissen heute schon, daß manche Überlegungen von Planern nicht in die Realität umgesetzt werden können, weil es Bereiche gibt, in denen die projektbezogene Arbeit einfach nicht möglich sein wird. Die Hochschullehrer, die wir berufen haben, arbeiten deshalb mit den Planern daran, hier die genauen Abgrenzungen vorzunehmen. Darunter verstehe ich offene wissenschaftliche Arbeit an der Universität.

Wir wissen, daß bei den Ansprüchen der Bremer Universität eine bestimmte Zahl von Hochschullehrern nicht kommen wird. Das sind die Hochschullehrer, die diese projektbezogene Arbeit nicht als für sie angemessen betrachten. Sie werden sich nicht bewerben. Aber im Rahmen der Reformbereiten versuchen wir, – entsprechend unserer Erklärung, daß gesellschaftspolitische Vielfalt im Universitäts-Lehrkörper nicht nur möglich, sondern auch gesichert sein soll –, den Spannungsbogen aller gesellschaftspolitischen, aller wissenschaftlich-theoretischen Erkenntnisse zu öffnen – mitunter auch gegen den Gründungssenat der Universität oder gegen seine Berufungskommissionen.

Daß das so möglich ist, haben wir bewiesen.

Wir haben auf den Vorwurf der Rektorenkonferenz, der Senat greife bei seinen Personalentscheidungen in unangemessener Weise in das Autonomierecht der Hochschule ein, geantwortet, daß wir auch morgen neben der wissenschaftlichen Qualifizierung ebenso prüfen werden, ob es ein ausgewogenes Verhältnis unterschiedlicher Meinungen in Bremen gibt. Haben wir Sorge, daß dies nicht sichergestellt ist, dann werden wir – wie geschehen – Hochschullehrer nicht berufen.

Zu dem kritischsten Teil der Personalpolitik ist folgendes zu sagen: Der Senat hat die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre im Sinne des Artikels 5 Absatz 3 des Grundgesetzes garantiert. In demselben Artikel heißt es aber weiter, daß die Freiheit der Lehre nicht von der Treue zur Verfassung entbindet. Aus den bitteren Erfahrungen der Zeit zwischen 1919 und 1933 wissen wir, daß sich eine Demokratie streitbar zu verhalten hat, um nicht Schaden zu leiden. Wenn uns diese Haltung als Verfassungsbruch unterstellt wird, dann bin ich bereit, diese Frage im Rechtswege vor den Verwaltungsgerichten und vor dem Bundesverfassungsgericht klären zu lassen. Das ändert aber nichts daran, daß ich jedem einräume, eine eigene Meinung zu haben. Er kann völlig anders denken als wir. Nur eines möchte ich nicht: Ich möchte keine beamteten Revolutionäre haben, die Versorgungsansprüche stellen und gleichzeitig den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat umstürzen wollen.

Nun ein Wort zu den jungen Wissenschaftlern, die als Studenten und Assistenten in den Jahren 1967, 1968 und 1969 in den kritischen Auseinandersetzungen um die Hochschulreform gestanden haben: Bitte bauen Sie Ihr in dieser Zeit angeeignetes Mißtrauen gegen den Staat ab! In gleicher Weise darf ich dieselbe Bitte an die Bürgerschaft und an den Senat richten! Eine fruchtbare Zusammenarbeit kann nur eine partnerschaftliche sein, ohne Mißtrauen und Vorurteile. Das bedeutet nicht, daß keine Kritik mehr möglich sein sollte – im Gegenteil. Die Universität Bremen soll und will gesellschaftskritisch sein. Das bedeutet, daß sie sich nicht nur mit der Gesellschaft kritisch auseinandersetzen muß, sondern auch aufgrund der öffentlichen Kritik sich bereit finden muß, sich selbst ständig in Frage zu stellen. Da diese Ansprache nicht einseitig geführt werden kann, muß die Universität naturnotwendigerweise Kritik aus der Gesellschaft tolerieren und sich mit ihr auseinandersetzen. Unter Kritik verstehe ich sachliche Kritik, keine Verteufelung. Wenn hier davon gesprochen worden ist, daß die Wissenschaftler vor öffentlicher – berechtigter und unberechtigter – Kritik geschützt werden müßten, weil sie so "sensibel" seien, daß öffentliche Kritik sie verunsichern oder gar in ihrer Reformbereitschaft erlahmen lassen könnte, so kann ich nur darauf antworten, daß das eben nicht einseitig gesehen werden darf. Auch Politiker sind Menschen nicht ohne Sensibilität.

Lassen Sie mich zum Schluß einen Appell an Sie und uns alle – an die akademische Seite ebenso wie an die staatliche Seite – richten: Die vor uns liegenden Aufgaben,

- so unter anderem die Erarbeitung und Verabschiedung einer Universitätsverfassung und des nachfolgenden Hochschulgesetzes,
- die Klärung der mit der Einführung einer neuen Konzeption der Lehrer- und Juristenausbildung zusammenhängenden Fragen,

lassen sich nur in fairer partnerschaftlicher und ohne von Mißtrauen getragener Zusammenarbeit lösen. Die heutige gemeinsame Arbeitssitzung von Senat und Gründungssenat, die bewußt nicht als Festakt im herkömmlichen Sinne aufgezogen worden ist, mag verdeutlichen, daß wir bereit sind, uns dieser Verpflichtung zu stellen.

Werner Loewe (Studentisches Mitglied des Gründungssenats):

Ich habe mich gefragt, weshalb trotz aller Bekenntnisse zur Reformuniversität diese Veranstaltung doch ein wenig an die feierlichen Immatrikulationsveranstaltungen erinnert, die ich in Hamburg mitgemacht habe. Vielleicht hat es daran gelegen, daß hier erst – ganz im Gegensatz zur üblichen Arbeit des Gründungssenats – gut vorbereitete Reden vorgetragen sind. Ich möchte das etwas extemporieren. Herr Senator Thape hat ja auch gesagt, daß es sich hier um eine Arbeitssitzung handelt. Ich darf einmal versuchen, einige Punkte anzureißen, die vielleicht nachher in der Diskussion etwas vertieft werden können. Einer der meistgebrauchten Begriffe in allen drei Reden ist wohl der Begriff Reform gewesen, und ich glaube, alle drei Redner haben darunter etwas Verschiedenes verstanden. Wahrscheinlich verstehe ich auch noch etwas Abweichendes davon. Ich möchte das präzisieren. Wenn Herr Koschnick die Bitte an die jungen Wissenschaftler gerichtet hat, die in den Jahren von 1967-1970 die Reformdiskussion an der Universität vorangetrieben haben, ihr Mißtrauen gegen den Staat abzubauen, dann ist das sicherlich eine berechtigte Bitte. Sie stimmt mich allerdings angesichts der Entscheidungen, die in den letzten Monaten hier von staatlicher Seite gefallen sind, doch etwas melancholisch, wenn man das exemplarisch am Stand der Berufungspolitik, an Namen wie Sigrist, Schneider, Kadritzke dokumentiert, die ganz sicher genau diesem Anspruch genügt haben, nämlich die Reformdiskussion gegen den Widerstand der Ordinarienuniversität vorangetrieben zu haben. Wenn ich dann sehe, daß an der Universität Bremen, die explizit mit dem Anspruch einer Reformuniversität auftritt, genau diese prominenten Vertreter der Universitätsreform dann doch noch der alten Ordinarienuniversität zum Opfer fallen und nicht berufen werden können, dann glaube ich, signalisiert das doch etwas den Standort, der hier als enge und sachliche Verbindung von Universität und Staat durch Herrn Senator Thape dargelegt worden ist. Ich möchte auf die Berufungssituation nicht weiter eingehen. Vielleicht können nachher noch einige Hochschullehrer dokumentieren, was das konkret für den Studienbeginn in ihren Fächern bedeutet, wie dort die Situation aussieht, auch vom Anspruch "Reformuniversität" her. Aber noch einige weitere Punkte, die im Grunde genommen auch schon Konfliktfelder abstecken, von denen die Universität in den nächsten Semestern berührt werden wird.

Am Beispiel der Diskussion um das Zulassungsverfahren, die ja bis in die Bürgerschaft getragen worden ist, ist im Grunde genommen der tatsächlich massive Widerstand gegen Reformansätze auch in Bremen deutlich geworden. Die Universität, die angesichts des Numerus clausus, den sie aufgrund der Personal- und Raumsituation zwangsläufig verhängen mußte, vorgeschlagen hatte, das Zulassungsverfahren auf dem Losprinzip basieren zu lassen, ist daraufhin in eine politische Auseinandersetzung in der Bürgerschaft gezogen worden, die an Unsachlichkeit kaum noch zu überbieten war. Wenn aus dem Vorschlag der Universität abgelesen wurde, daß das Losverfahren einen Verzicht auf jeglichen Leistungsanspruch bedeute, wenn ich in den Wahlkampfbroschüren gelesen habe: Weil du klug bist, darfst du nicht studieren, dann frage ich mich

allerdings, was denn um Himmelswillen in die Westdeutsche Rektorenkonferenz gefahren sein mag, daß sie nun eben gerade jetzt dieses Zulassungsverfahren nach dem Losprinzip befürwortet hat; die westdeutsche Rektorenkonferenz, die meiner Ansicht nach bis jetzt eigentlich noch nie in dem Verdacht gestanden hat, ein so entsetzlich progressiver Verein zu sein.

Ein zweiter Punkt, der das Verhältnis der politischen Auseinandersetzungen dokumentiert, ist die Frage, ob die Dauer des Lehrerstudiums 6 oder 8 Semester betragen soll. An der Pädagogischen Hochschule Bremen ist nach wie vor am 6-Semester-Studiengang festgehalten worden. Die Universität hat – und das nicht erst seit sie in dem Verruf steht, eine rote Kaderschmiede zu sein, sondern schon zu Professor Killy's Zeiten – immer dokumentiert, daß sie erstens eine einheitliche wissenschaftliche Ausbildung für Lehrer aller Schulstufen befürwortet, und daß sie zweitens davon ausgeht, daß diese Ausbildung mindestens 8 Semester betragen müsse. Trotz dieser wiederholten Bekenntnisse zur Notwendigkeit einer mindestens 8-semesterigen Ausbildung ist von politischer Seite praktisch dekretiert worden, daß die Universität auch einen Abschluß nach 6 Semestern anzubieten habe. Der Gründungsrektor hat während einer Debatte in der Bürgerschaft im Grunde schon angedeutet, daß die Universität sich dieser von Senatsseite verhängten Notwendigkeit zu fügen hat. Hier befindet sich die Universität ebenfalls, glaube ich, nun keineswegs so sehr in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen rechts und links, rot oder schwarz, sondern in der Auseinandersetzung um die Ernsthaftigkeit dieses Reformanspruches und darum, inwieweit die politischen Instanzen bereit sind, diesen Reformanspruch einzulösen. Ich bin also der gleichen Meinung wie rund 70 % aller Bremer Bürger, die die Universität ebenfalls für eine Reformuniversität halten, was ich für die weitere Arbeit der Universität beruhigend finde. Andererseits finde ich aber den Anspruch, der damit gleichzeitig von der Bevölkerung ausgedrückt wird auch einigermaßen belastend für die Universität. Ich habe gerade an einzelnen Punkten aufgezeigt, wie schwer die Universität es auch in Bremen hat, tatsächlich inhaltliche Reformkonzepte durchzusetzen. Trotzdem möchte ich aber, gerade nachdem ich noch einige sehr kritische Punkte deutlich gemacht habe, meinen Dank den politischen Instanzen, die dieses Universitätsprojekt so lange getragen haben, ausdrücken. Ich bin mit Herrn v.d.Vring – Professor wird man in Bremen ja nicht mit der Berufung, sondern erst mit der Ernennung – der Ansicht, daß in keinem anderen Bundesland zur Zeit ein solches Projekt möglich gewesen wäre.

Dr. Manfred Kahlweit (Hochschullehrervertreter im Gründungssenat):

Herr Bürgermeister, ich betrachte mich als einen Sprecher der Naturwissenschaften im Gründungssenat. Wie Sie wissen, beginnt unser Studium im Vorstufengebäude Naturwissenschaften und nach unseren Plänen soll das Gebäude Naturwissenschaften II, in dem Biologie und Chemie untergebracht werden, erst 1974 fertiggestellt werden. Diese zeitliche Lücke entspricht nicht unserem Wunsch, sondern ist eine Notwendigkeit gewesen. Es fällt uns sehr schwer, aus dieser Not eine Tugend zu machen. Darf ich Sie

mit wenigen Sätzen auf einige Gefahren hinweisen, die aus dieser zeitlichen Lücke entstehen. Die reinen Physiker bleiben hier drei Jahre lang allein, und Sie wissen wie schwer es ist, alle die Junggesellen zu verheiraten. Gerade im Hinblick auf das fächerübergreifende Studium ist diese Lücke außerordentlich schwer zu überbrücken, da wir schon von vornherein fächerübergreifende Projekte angesetzt haben, und Sie wissen selber, daß die Gebiete, die früher Grenzgebiete waren, heute in den Mittelpunkt der Naturwissenschaft und Forschung gerückt sind, z.B. Biochemie, Biophysik und auch physikalische Chemie. Zum zweiten ist auch eine breite Lehrerausbildung nicht zu gewährleisten. Unsere Fächerausbildung, unser Fächerangebot, unsere Fächerkombination ist zu einseitig, und dies wiederum bedeutet auch Gefahr im Hinblick auf die Integration von Pädagogischer Hochschule und Hochschule für Technik.

Zu unserer großen Bestürzung haben wir nun erfahren müssen, daß nicht einmal der Termin 1974 eingehalten werden kann, sondern die Gefahr besteht, daß das Gebäude Naturwissenschaften II aus Finanzierungsgründen bis zum Jahre 1975 verschoben werden muß. Grund dafür ist – es gibt sicherlich mehrere Gründe dafür, aber ein Grund ist wie gesagt – die unklare Finanzierung dieser Bauvorhaben. Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie es als eine der wichtigsten Prioritäten in ihren Amtsgeschäften betrachten würden, sobald als möglich den Gremien der Universität einen abgesicherten Finanzierungsplan vorzulegen, so daß wir den Fahrplan unserer Bauten und auch die Priorität bei unseren Bauvorhaben setzen können. Sonst fürchte ich, muß in wichtigen Teilen eine Reformuniversität auf dem Papier bleiben. Ich bitte also im Namen der Baukommission und der Fächer um eine alsbaldige – ich glaube in der Fachsprache heißt es Mifrifi (Mittelfristige Finanzplanung) oder Lafrifi (Langfristige Finanzplanung) für die Universität. Danke schön.

Der Präsident des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick:

Ich bin im Augenblick überfordert, Ihnen einen endgültigen Termin zu nennen. Ich bin deshalb überfordert, weil wir im Rahmen des Haushaltsausgleiches in den letzten Wochen keine zusätzlichen Bindungsermächtigungen, die an sich notwendig gewesen wären, von der bremischen Bürgerschaft bekommen haben. Wir hatten 50 Mandatsanträge, die wollten, und wir hatten 50 Mandatsanträge, die nein sagten. Das ist ein klares Ergebnis gewesen. Bei der Geschäftsordnung der Bürgerschaft sind 50 Ja- und 50 Nein-Stimmen leider Nein und nicht Ja. So gesehen konnten wir das, was wir an sich für dringend erforderlich gehalten haben, nämlich rechtzeitig Bindungsermächtigungen zu bekommen, um den Termin 1974 zu halten, nicht sicherstellen. Ich bin sicher, daß völlig unabhängig von der Diskussion, wie der künftige Senat aussehen wird, die Möglichkeit besteht die Bindungsermächtigungen so schnell wie möglich zu erhalten. Ob das allerdings eine tatsächliche Verzögerung um ein Jahr oder um ein halbes Jahr bedeutet, da bin ich überfordert. Das müssen wir gemeinsam prüfen und durchdenken, wenn wir wissen, was uns das Parlament für diesen Bereich zur Verfügung stellt. Daß wir ein Sachinteresse haben, die Naturwissenschaften sich nicht selbstständig ent-

wickeln zu lassen, d.h. nicht projektbezogen, dürfen Sie als selbstverständlich voraussetzen; daß wir auch ein Interesse daran haben, aus Gründen des gesellschaftlichen Bedarfs an Naturwissenschaftlern, so schnell wie möglich hier Ausbildungsplätze zu schaffen, das dürfen Sie auch unterstellen. Die weitere Frage, die noch offen ist, ob wir Gelegenheit haben werden, mit dem Bund nach Lösungen zu suchen, die uns eventuell für einen bestimmten Zeitraum eine Zwischenfinanzierung ermöglichen, ist eine Frage, die dann geklärt werden muß. Insoweit können wir uns endgültig darüber unterhalten, wenn wir wissen, was sich im Parlament und was sich in Bonn ergibt. In der Zielrichtung sind wir aber nicht sehr weit auseinander.

Nun zu den Bemerkungen von Herrn Loewe.

Ich möchte nicht mehr den Schnee von gestern, d.h. vom 9. Oktober 1971 erörtern, der für mich Schnee vom Oktober ist, für die Universität allerdings nicht. Herr v.d. Vring hat vorhin deutlich gemacht, daß es in der Politik manchmal um Kompromisse geht, in der Universität allerdings um lautere und reine Wahrheit. Auch in der Politik geht es nicht darum, falsch und richtig in einem Kompromiß zu verbinden, sondern darum, das kleinere von einem größeren Übel zu wählen.

Lassen Sie uns deswegen zu den neuen Fragen kommen, die Sie angesprochen haben, so zum Zulassungsverfahren. Mein Kollege Thape hatte sich damals Ihren Überlegungen sehr genähert. Wir haben unsere Haltung in der Diskussion in der Kultusministerkonferenz und mit den Ministerpräsidenten vertreten und – soweit es ging – die Diskussion um die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen im Bund vorangetrieben. Wir wollten uns in den Ländern jedoch nicht auseinanderdividieren. Die Entschließung der Rektorenkonferenz zu dieser Frage war gewiß sehr förderlich, und Sie werden ganz sicher auch im Bremischen Parlament nicht gehört haben, daß Ihnen unterstellt wird, daß mit Ihrem Vorschlag des Losverfahrens die totale Ungerechtigkeit eingeführt werden sollte. Man muß schließlich wissen, daß sich die Gewichte zwischenzeitlich verschoben haben.

Zum Problem Lehrerausbildung zwei Bemerkungen – und jetzt sage ich etwas, was ich auch bereits dem Vorsitzenden der Lehrgewerkschaft, Herrn Frister gesagt habe: Ich möchte endlich einmal erreichen – und das gilt auch für die Universität –, daß wir Reformansätze in der Ausbildung nicht immer unmittelbar verknüpfen mit Besoldungsansprüchen.

Diese Verbindung muß aufgehoben werden. Wir müssen von den inhaltlichen Dingen ausgehen, und da gilt allerdings auch für mich: Je mehr ich an Studiengangsvoraussetzungen fordere, desto mehr muß ich auch die angemessenen finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stellen. Die Diskussion, zu den Fragen, wie müssen die Lehrer eingruppiert werden, wie müssen sie ausgebildet werden, wird im Augenblick bundesweit geführt. Wenn ich Ihnen sage, daß heute in einem mir befreundeten Land, allerdings nur wegen des Weines befreundeten Land, nämlich Rheinland-Pfalz, doch Programm- und Reformansätze vorhanden sind, die im Verhältnis zu den dortigen von vor zehn Jahren geradezu sensationell, im Verhältnis zu den norddeutschen Küstenländern allerdings immer noch nicht ausreichend sind, dann muß ich einfach deutlich

machen, welcher Nachholbedarf in Deutschland besteht bei den Überlegungen, wie der Lehrer von morgen ausgebildet werden muß. Ich warne davor, zu sagen, in 6, 8 oder 10 Semestern. Ich würde lieber angeben, in welchen und für welche gesellschaftlichen Strukturen der Lehrer ausgebildet werden muß. Dann sollten wir empirisch feststellen, was die richtige Semesterzahl ist. Ich bin für die empirische Untersuchung, und ich weiß, daß wir damals – auch unter Killy – schon der Meinung waren, unter 8 Semestern wird es wahrscheinlich nicht gehen. Die Frage ist hier, ob wir uns ein bißchen anpassen werden. Auf der anderen Seite sage ich auch an dieser Stelle, was ich bereits wiederholt in der Öffentlichkeit erklärt habe: Ich neige nicht dazu, die Pädagogische Hochschule weiter groß auszubauen. Ich möchte lieber jetzt versuchen, sehr viel mehr und sehr viel schneller das Geld in der Universität zu konzentrieren, um nicht langfristig zwei verschiedene Ausbildungswege nebeneinanderherlaufen zu haben. Ich möchte die Pädagogische Hochschule schnell in die Gesamtuniversität hineinbekommen, und ich möchte, daß wir zu klaren Vorstellungen kommen. Das Problem Lehrerausbildung und Juristenausbildung wird die entscheidende Arbeit sein, die ich von Seiten des Staates in diesen nächsten Semestern an dieser Universität sehe. Bei den Lehrern in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule, bei den Juristen, in Zusammenarbeit mit den im Gerichtswesen und der Verwaltung tätigen Juristen, um Praxis und Theorie möglichst so miteinander zu verbinden, daß es ein wirklich brauchbares und realisierbares Reformmodell wird.

Dr. Annelie Keil (Professorin im Bereich Lehrerbildung):

Sie haben den Abbau des gegenseitig geforderten Mißtrauens zwischen Staat und Universität gefordert. Sie haben diesen Wunsch oder diese Hoffnung heute hier wiederholt. Ich bin der Meinung, daß das bisher nicht das Problem deutscher Professoren gewesen ist: Vertrauen in den Staat zu haben. Ihr Problem war vielmehr, frühzeitig – und wie gefordert, sachlich begründet – Mißtrauen anzumelden. In diesem Sinne möchte ich als Hochschullehrerin heute angesichts dieser Eröffnung und auch in Erinnerung an unsere vielen ohnmächtigen Resolutionen zur Personalpolitik des Senats doch noch einmal deutlich machen, daß die Hochschullehrer solidarisch sind mit den nicht berufenen und den nicht ernannten Kollegen, wo immer andere Gesichtspunkte, als die der Qualifikation, Gründe für die Ablehnungen gewesen sind. Die Öffentlichkeit dieser Universität hat all jene Ablehnungen nur bedingt kontrollieren können und war so der Machtposition des Senats ausgeliefert. Ich bin zwar nicht so geübt in der Interpretation von Wahlergebnissen, meine aber doch, daß Ihre Interpretation des Referendums für die Universität heute, nämlich möglicherweise als ein Referendum für die Disziplinierung der Universität, noch eine offene Interpretation ist. Es gibt Hochschullehrer, die dadurch in die Resignation getrieben werden. Aber wahrscheinlich gibt es nicht nur sensible Hochschullehrer, sondern auch solche, die im gemeinsamen Kampf mit den Studenten hier auch Ihnen die Sie die Fortsetzung solcher Personalpolitik ankündigen, den konkreten Kampf ansagen werden, um die politische Disziplinierung der Universität zu verhindern. Ihre Beispiele waren zwar treffend

machen, welcher Nachholbedarf in Deutschland besteht bei den Überlegungen, wie der Lehrer von morgen ausgebildet werden muß. Ich warne davor, zu sagen, in 6, 8 oder 10 Semestern. Ich würde lieber angeben, in welchen und für welche gesellschaftlichen Strukturen der Lehrer ausgebildet werden muß. Dann sollten wir empirisch feststellen, was die richtige Semesterzahl ist. Ich bin für die empirische Untersuchung, und ich weiß, daß wir damals – auch unter Killy – schon der Meinung waren, unter 8 Semestern wird es wahrscheinlich nicht gehen. Die Frage ist hier, ob wir uns ein bißchen anpassen werden. Auf der anderen Seite sage ich auch an dieser Stelle, was ich bereits wiederholt in der Öffentlichkeit erklärt habe: Ich neige nicht dazu, die Pädagogische Hochschule weiter groß auszubauen. Ich möchte lieber jetzt versuchen, sehr viel mehr und sehr viel schneller das Geld in der Universität zu konzentrieren, um nicht langfristig zwei verschiedene Ausbildungswege nebeneinanderherlaufen zu haben. Ich möchte die Pädagogische Hochschule schnell in die Gesamtuniversität hineinbekommen, und ich möchte, daß wir zu klaren Vorstellungen kommen. Das Problem Lehrerausbildung und Juristenausbildung wird die entscheidende Arbeit sein, die ich von Seiten des Staates in diesen nächsten Semestern an dieser Universität sehe. Bei den Lehrern in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule, bei den Juristen, in Zusammenarbeit mit den im Gerichtswesen und der Verwaltung tätigen Juristen, um Praxis und Theorie möglichst so miteinander zu verbinden, daß es ein wirklich brauchbares und realisierbares Reformmodell wird.

Dr. Annelie Keil (Professorin im Bereich Lehrerbildung):

Sie haben den Abbau des gegenseitig geforderten Mißtrauens zwischen Staat und Universität gefordert. Sie haben diesen Wunsch oder diese Hoffnung heute hier wiederholt. Ich bin der Meinung, daß das bisher nicht das Problem deutscher Professoren gewesen ist: Vertrauen in den Staat zu haben. Ihr Problem war vielmehr, frühzeitig – und wie gefordert, sachlich begründet – Mißtrauen anzumelden. In diesem Sinne möchte ich als Hochschullehrerin heute angesichts dieser Eröffnung und auch in Erinnerung an unsere vielen ohnmächtigen Resolutionen zur Personalpolitik des Senats doch noch einmal deutlich machen, daß die Hochschullehrer solidarisch sind mit den nicht berufenen und den nicht ernannten Kollegen, wo immer andere Gesichtspunkte, als die der Qualifikation, Gründe für die Ablehnungen gewesen sind. Die Öffentlichkeit dieser Universität hat all jene Ablehnungen nur bedingt kontrollieren können und war so der Machtposition des Senats ausgeliefert. Ich bin zwar nicht so geübt in der Interpretation von Wahlergebnissen, meine aber doch, daß Ihre Interpretation des Referendums für die Universität heute, nämlich möglicherweise als ein Referendum für die Disziplinierung der Universität, noch eine offene Interpretation ist. Es gibt Hochschullehrer, die dadurch in die Resignation getrieben werden. Aber wahrscheinlich gibt es nicht nur sensible Hochschullehrer, sondern auch solche, die im gemeinsamen Kampf mit den Studenten hier auch Ihnen die Sie die Fortsetzung solcher Personalpolitik ankündigen, den konkreten Kampf ansagen werden, um die politische Disziplinierung der Universität zu verhindern. Ihre Beispiele waren zwar treffend

hinsichtlich der Frage, ob man einen Elfenbeinturm rot anstreicht oder nicht, ich meine aber, sie waren, was die Realität der Berufungen betrifft, nicht zutreffend; denn ich glaube, daß die Pluralität dieser Universität von einer ganz anderen Seite gefährdet ist. Und wer innerhalb der Bremer Universität an den sachlichen und inhaltlichen Diskussionen teilnimmt, wird merken, daß die Pluralität nach links allerdings ein sehr großes Problem geworden ist, denn anscheinend ist es doch möglich, daß an dieser Universität wissenschaftlich fundierte Marxisten nur bedingt lehren können; das wird eine Forderung an die Zukunft sein. Ich gehe davon aus, daß es wahrscheinlich im Moment keinen einzigen Hochschullehrer gibt, der diese Position wirklich abgesichert vertreten könnte. Es sei denn, man nimmt den Wunsch schon für die Tat. Und ich meine, wenn Herr v.d. Vring sagt, wir können zwar keine Reformuniversitäten à la Bremen in Bayern gründen, wir vielleicht die Hoffnung haben, daß bestimmte Wissenschaftler in Bayern lehren können – und daß sollte uns ein Signal sein, gerade auch dann, wenn bestimmte Entscheidungen für diese Universität in Bremen möglich waren.

Der Präsident des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick:

Ich glaube nicht, daß ich in der Wahlnacht das Referendum so interpretiert habe, als sei es ein Referendum für die Disziplinierung der Universität. Ich bin nicht töricht genug, obwohl ich manchmal töricht sein mag, so etwas in der Öffentlichkeit zu sagen. Ich bin nicht einmal töricht genug, das zu denken; denn das wäre von vornherein ein Ritt über den Bodensee. Ich glaube, es wäre auch schrecklich, wenn die Universität nicht aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus eigene Positionen bezieht. Und ich habe in aller Öffentlichkeit nicht die Universität gescholten, sondern sie vertreten, als sie sich solidarisch erklärte und im Rechtsweg jetzt einen Meinungsstreit ausfechten will. Das halte ich für richtig, für legitim und notwendig. Nur, Sie werden die gleiche Legitimierung auch mir einräumen müssen, wenn ich die Position des Senats vertrete. Es geht nicht um Disziplinierung. Es geht darum, daß wir versuchen, über Entscheidungen miteinander zu sprechen.

Die zweite Sache ist: Ich habe nicht unterstellt, daß in Bremen ein Elfenbeinturm rot angestrichen wird – außerdem haben wir noch keinen Elfenbeinturm, er mag vielleicht erst kommen – ich meine, ich habe die Zielsetzung des Senats damit verdeutlicht, und ich bin der Meinung, daß wir da weitgehend einer Meinung sind.

Drittens: Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß eine Universität, die nicht dafür sorgt, daß die wissenschaftstheoretischen Erkenntnisse der heutigen Zeit im vollem Umfange gelehrt werden können, und dazu gehören auch marxistische, nicht wert ist, Universität genannt zu werden. Wenn Sie allerdings die marxistische Lehre mit Parteizugehörigkeit identifizieren, würde ich sagen, soweit gehe ich noch nicht. Da mögen wir unterschiedliche Standpunkte haben. Wir werden uns jedoch aneinander gewöhnen, und ich glaube, es ist ganz gut so. Ich möchte nicht von beiden Seiten bedingungslosen Gehorsam, sondern, was ich möchte, daß wir uns über solche Fragen unterhalten. Ich finde es ganz gut, daß gleich zu Anfang diese Fragen kommen, denn es werden ja die Streitfragen von morgen sein.

Senator Moritz Thape (Senator für das Bildungswesen):

Zwei Sätze dazu. Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß die Diskussion, die bis zum 9. Oktober stattgefunden hat, zwischen Universität und Senat nicht abgeschlossen worden ist, aber ich glaube, es ist von beiden Sprechern des Senats hier sehr deutlich gemacht worden, daß wir von bestimmten Grundprinzipien ausgehen, die auch in Zukunft nicht anders sein werden. Wenn man den 10. Oktober für ein Referendum ansieht – und ich sehe ihn dafür an, ich habe ihn nicht dazu gemacht, aber ich bin gezwungen worden, ihn dazu zu machen – dann meine ich allerdings, daß beide Seiten dabei entweder profitieren können oder sich Nachteile anrechnen lassen müssen. Man kann jetzt nicht sagen: Ich sehe nur den einen oder nur den anderen Teil. Es ist die Gesamtheit der Universitätspolitik, die hier akzeptiert worden ist mit allen Einschränkungen und mit allen positiven Ausweitungen, die darin sind. Ich glaube, daß muß man beides sehen. Und eines noch: Warum sprechen Sie eigentlich immer über die Hochschullehrer, die abgelehnt worden sind. Das stimmt. Warum sprechen wir nicht von denen, für die ich mich ganz konsequent eingesetzt habe gegen stärksten Widerstand, und die nachher nicht gekommen sind, weil Bremen doch nicht ganz so viel bezahlt hat, wie eine andere Hochschule. Auch das muß man einmal sehen. Ich meine, wenn wir schon diskutieren, dann bitte richtig. Und ich glaube, daß Reform und Hochschulreform auch von diesen Elementen der Diskussion nicht ganz freigehalten werden kann, und daß wir uns nicht darstellen sollen, als die einen, die nur von der reinen Wahrheit her diskutieren und die anderen, die Pragmatiker sind, die Politiker, die also doch möglicherweise nur schlechte Hintergedanken haben. Das möchte ich nicht. Ich würde darum bitten, daß wir in der gleichen Offenheit wie bisher über diese Dinge sprechen können, das ist mein Angebot, und es wäre natürlich ganz angenehm, wenn nicht jeder Satz, der einem unangenehm ist, gleich mit Kritik bedacht wird, während man selbst für sich in Anspruch nimmt, alles sagen zu dürfen, und der andere muß zuhören. Das ist eine Einseitigkeit, auf die ich nicht eingehe. Ich bin gewohnt zuzuhören. Ich möchte allerdings auch darum bitten, daß nicht jeder Satz mit Kritik bedacht wird, sondern daß man zunächst einmal Gedanken des anderen voll anhört. Ich beziehe das jetzt nicht auf diesen Kreis, sondern meine es generell für eine Diskussion, und darum, Frau Keil, sollte man nicht auf jede Handlung sofort mit einer Resolution reagieren, die möglicherweise die andere Seite zwingt, sofort eine Resolution dagegen zu setzen. Dann sind wir genau da, wo wir nicht hinwollen.

Dr. Heide Gerstenberger (Assistentenvertreterin im Gründungssenat):

Wenn die Presse richtig berichtet hat, Herr Bürgermeister, haben Sie im Wahlkampf noch etwas sehr Hübsches gesagt, nämlich: Bei 55 % wird Ihnen schwindelig, weil Sie dann Kompromisse mit der Universität eingehen müßten. Dieser Satz ist mir am Sonntagabend um 8.00 Uhr wieder eingefallen. Nun tut er Ihnen natürlich gar nichts, denn, obwohl es politisch richtig ist, sowohl von der Seite des Senats, als auch von der der Universität, nach der Erfahrung dieser 3 Jahre von Partnerschaft zu reden, ist Partnerschaft zwischen materiell sehr ungleichen Partnern doch immer die Verbrämung

eines Zustandes, den man zu überdecken versucht. Natürlich hatte die Universität – und sie wissen auch, daß wir das in den letzten 3 Jahren ausgenutzt haben – gelegentlich etwas einzusetzen gehabt, nämlich die Tatsache, daß der Senat eine Reformuniversität aufs Papier geschrieben hatte, und man ihn an diesem Papier ja auch wieder fassen konnte. Nur ist das im Grunde ein Einsatz, der nun allmählich abbröckelt, mit der Festivität der Eröffnung wahrscheinlich zunehmend; denn was in dieser Universität passiert, das wird man jetzt nicht mehr so sehr dem Senat zuschreiben, wenn's nicht klappt, sondern der Universität, das heißt die Position, die die Universität in den letzten 3 Jahren vielleicht noch hatte, wird immer schwächer. Man sollte auch von Seiten der Universität – das ist ein Kapitel, welches die Gründungsgremien noch beschäftigen muß, bevor sie ihre Arbeit einstellen – noch einmal wissenschaftlich, und d.h. immer auch politisch, reflektieren, ob die Uminterpretation des universitären Autonomieanspruches, der hier in den letzten drei Jahren in praktische Politik umgesetzt worden ist, wirklich der Universität und demzufolge längerfristig auch der Gesellschaft zu Gute gekommen ist.

Ich will noch ein ganz anders gelagertes Problem ansprechen, eines bei dem die Universität nun wirklich nicht auf Autonomie pochen muß, sondern wo sie Bestandteil der Stadt Bremen ist: Die Verflechtung. In diesem Punkt haben wir versucht, unter Hinweis auf wissenschaftliche Erkenntnisse, Dinge zu erreichen, die politisch sehr schwer durchzuführen sind. Hier sind auch Stadt und Universität gemeinsam belastet, von einer langen Planung, die angefangen hat unter vollkommen anderen Bedingungen. Nachträglich erscheint es kaum noch möglich, die ursprüngliche Campuskonzeption zu revidieren. Aber es wären jetzt – und wir hoffen doch sehr, daß das in den nächsten Monaten noch möglich ist, bevor der Gründungssenat seine Arbeit aufgibt, – hier mutigere städtebauliche Konzeptionen als bisher zu entwickeln und gemeinsam ihre politische Durchsetzung in Angriff zu nehmen.

Der Präsident des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick:

Ich beginne zunächst mit dem kritischen Teil. Partnerschaft ist also wieder das Gleiche, wenn von sozialer Partnerschaft gesprochen wird und Mitbestimmung nicht gewollt ist. So, glaube ich, haben wir, weder Herr v.d. Vring noch ich, Partnerschaft verstanden. Die Autonomieansprüche einer Universität begründen sich aus Vorstellungen eines vergangenen Jahrhunderts, die meiner Meinung nach im 20. oder 21. Jahrhundert nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Es war interessant zu erleben, wie 1965 die jungen Assistenten und Studenten an den Staat herantraten, diese Autonomie der alten Ordinarienuniversität zu brechen, und den Staat stärker in die gesellschaftliche Verantwortung zu nehmen. Genauso interessant ist es, heute gelegentlich genau umgekehrt festzustellen, daß die Ordinarien nach dem Staat schreien und die anderen für die Autonomie kämpfen. Ich glaube, wir werden eine Lösung dazwischen anstreben müssen, die folgendes respektiert: Wissenschaftlich-theoretische Erkenntnisse kann ich nicht im Wege des Kompromisses verändern. Die muß ich aussprechen und vertreten können. Das wissen wir. Die Frage, ob ich sie in reale Möglichkeiten umsetzen kann, ist

ein Problem der vorhandenen politischen Substanz in dem jeweiligen Bereich, wo sie umgesetzt werden sollen. Gegebenenfalls muß man einige Jahrzehnte Sturm laufen, bis sie durchgesetzt sind. Das soll ja bei Wissenschaftlern nicht erst seit Galilei der Fall sein. Man mag glauben, daß es in Fragen wissenschaftlich-theoretischer Erkenntnisse keine Kompromisse geben kann, wohl aber in den öffentlichen Diskussionen über die Positionen. Das akzeptiere ich.

Das bedeutet, daß jener Teil der wissenschaftlichen Arbeit der Universität nicht partnerschaftsbezogen ist. Wir können nicht auf die Mehrheit oder die Minderheit eines Parlamentes oder des Senats hin wissenschaftliche Forschung und Lehre betreiben. Wohl aber gilt es, in das Selbstverständnis der Universität das Verständnis über die Einbettung in die Gesellschaft und den Staat einzubeziehen. Dabei ergibt sich die Frage, was der Staat für die Universität und die Universität für diejenigen im Staat tun kann, die bereit sind, diese Universität zu tragen. Ich meine jetzt nicht die staatlichen Organe, ich meine auch nicht einmal das Parlament. Aber wenn diese Universität angetreten ist, Privilegien in vielfachen Bereichen zu verändern und aufzulösen, dann sollte sie wissen, daß die Sprecher derjenigen, für die Sie antreten, auch mit dem Mandat auf Sie zukommen, mit Ihnen alles zu diskutieren, was politisch umsetzbar ist. Ich kann nicht die reine Wissenschaft und ihre Forderungen zum alleinigen Maßstab meiner politischen Entscheidung machen. Das ist ein Problem des Sektors, in dem ich arbeite. Es wird keinen Streit geben, daß Sie unter Umständen Thesen vertreten, die mir nicht gefallen. Das ist Ihre Aufgabe. Es wäre ganz schrecklich, wenn Sie nur das vertreten würden, was mir gefällt. Aber ganz sicher ist es notwendig, daß wir in den Fragen, was wir für diese Universität materiell, sachlich und rechtlich tun müssen, diese Offenheit des Gespräches haben. Ich spreche hier nicht von der Partnerschaft, sondern davon, daß zwei Positionen da sind, die nicht gegeneinander, sondern miteinander vor der gleichen Aufgabe stehen, Reformansätze in die Gesellschaft zu tragen und die Gesellschaft zu mobilisieren, vielleicht bis zur Selbstbefreiung des Menschen. Das meine ich jetzt einmal christlich, damit mir nicht Marx unterstellt wird. Ich hätte auch gegen die andere Deutung nichts einzuwenden. Aber wir müssen einfach sagen, daß es verschiedene Ansätze gibt, von denen man kommen kann.

Nun zur Frage der Verflechtung. In diesem Fall haben Sie einen ausgesprochenen Fürsprecher nicht nur im Kollegen Thape, sondern auch in mir. Ich weiß, daß Sie dringend notwendig ist. Eine Campus-Universität wäre eine Überforderung des Innensensors, denn so viele Hundertschaften könnte er gar nicht aufbieten, um in einer solchen Universität Ordnung zu halten. Ich sage es einfach und hart: Ich möchte, daß diese Universität mit dieser Stadt und in dieser Stadt lebt. Wir sollten daher gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen. Das halte ich deshalb für so dringend erforderlich, weil ich ein Beispiel in einer mir sehr befreundeten Schwesterstadt habe, wo die Universität mehr als dreißig Jahre brauchte, um von der Bevölkerung angenommen zu werden. Wenn wir uns gegeneinander isolieren, werden wir wieder nebeneinander herleben. Lieber den konkreten Konflikt in einem städtebaulichen Bereich, auch mit und in der Universität, als diese Isolierung zwischen

zwei Bahnen, der Eisenbahn und der Autobahn. In dieser Richtung werden wir uns verständigen müssen und auch können. Es gibt noch einige rechtliche Fragen, die wir klären müssen, aber auch damit werden wir fertig. Dieser Gründungssenat soll darangehen, Lösungsmöglichkeiten für die Verflechtungsproblematik über die bisherigen Vorschläge hinaus zu erarbeiten. Jedenfalls bin ich ein Anhänger dieser Auffassung. Die Frage wird jetzt sein, ob wir die notwendigen Mittel im baulichen Bereich zur Verfügung stellen können, um das zu bewerkstelligen, was Sie wünschen. Aber ich sehe keinen anderen Weg. Wir müssen mit Ihnen dieses Gebiet hinter dem Stadtwald und dem Bürgerpark zu einem städtischen Bereich machen und nicht zu einem abgeschlossenen universitären —, ich sage auch — elitären Bereich. Ich würde hier ganz gern die konkrete Begegnung des Bürgers mit der Universität erreichen. Nicht nur bei den Besuchen, sondern auch im Arbeitsalltag.

Dr. Imanuel Geiss (Hochschullehrervertreter im Gründungssenat):

Meine Damen und Herren! Ich möchte auf einen Komplex zurückkommen, der nicht der Schnee vom 9. Oktober ist, auch wenn er vorhin schon scheinbar weggeräumt worden ist. Bevor ich in den kritischen Jubel über dieses Jahrhundertereignis für Bremen und für die deutsche Universitätsgeschichte einstimme, möchte ich unserem dreifachen "Hans im Glück" dazu gratulieren, daß er innerhalb von fünf Tagen in Bremen erst 55 % der Wählerstimmen für die SPD erreicht hat, in Bonn als Repräsentant der Bundesrepublik den Vertreter der zweitältesten Dynastie der Erde begrüßen konnte und jetzt hier in Bremen die Universität eröffnen kann. Aber ich möchte auf ein Wort zurückkommen, das schon vor dem 9. Oktober gefallen ist, und auch jetzt wieder. Und gerade deswegen, weil es in der politischen und auch in der hochschulpolitischen Diskussion nicht gerade Schule gemacht hat, aber jedenfalls auch von einem Bundesminister in einer einschlägigen Diskussion aufgegriffen worden ist. Das ist das Wort: Ich möchte keine verbeamteten Berufsrevolutionäre haben. Ich möchte warnend darauf hinweisen, daß in Hamburg das Problem auf uns zukommt, daß etwa 100 DKP-Lehrerstudenten beantragen werden, als Lehrer zugelassen zu werden. Mit den gleichen Argumenten wie im Fall Holzer hier in Bremen sollen sie vermutlich auch dort in Hamburg rigoros abgelehnt werden. Gestatten Sie ein Argument aus der Geschichte: Alle revolutionäre Intelligentsias sind u.a. deshalb entstanden, weil man ihnen die Chance verweigerte, einen normalen bürgerlichen Beruf auszuüben, für den sie ausgebildet waren. Da ja der Heilige St. Marcus immer wieder hier durch die Diskussion geistert, positiv oder negativ, sei daran erinnert, daß auch Karl Marx ursprünglich die Absicht hatte, sich in der von Humboldt geprägten Universität zu habilitieren und Professor zu werden.

Der Präsident des Senats, **Bürgermeister Hans Koschnick**:

Ich habe mit großer Freude eben die Interpretation eines Mannes vernommen, — der ja auch Literat ist und in vielen Zeitungen solche Formulierungen gebraucht —, Hochschullehrer wäre ein normaler, bürgerlicher Beruf. Diese Interpretation nehme ich gern zu Protokoll und komme bei Gelegenheit darauf zurück. Ich halte nicht sehr viel von Glückwunschadressen. Ich möchte Ihnen nur sagen, es war sicher nicht immer ganz einfach in den letzten Jahren mit den Vertretern der Universität auszukommen. Ich räume ohne weiteres ein, daß es sicher auch nicht ganz einfach war, mit uns auszukommen. Wenn wir jenseits von Taktik die Dinge einmal sehen, so ist manchmal ein Konflikt das beste für uns, um selbst zu überprüfen, wo wir eigentlich stehen. Ich darf hier an dieser Stelle den wirklichen Opponenten in Bremen danksagen, daß sie uns gezwungen haben, mehr als wir am Anfang wollten, uns mit dieser Universität zu identifizieren und das durchzuhalten. Insofern glaube ich, sind die Voraussetzungen für eine vernünftige Arbeit gut. Und noch eines möchte ich Ihnen, Frau Gerstenberger, gern sagen: Ich fühle mich auch nach dieser Eröffnung für das Gelingen der Reform mitverantwortlich. Das größte Unglück, das uns passieren könnte, wäre, daß sie plötzlich von uns aus in eine Isolierung getrieben würden, und daß die Arbeitsergebnisse dann, wenn sie schlecht sind, bei Ihnen hängenbleiben, und wenn sie gut sind, auf uns bezogen werden. Wir wollen auch in den nächsten Jahren das gemeinsam durchstehen, sonst wären wir nicht glaubwürdig in unserer Aussage gewesen, für die wir ein Vierteljahr lang ganz heftig unseren Buckel hingehalten haben.

Dr. Jürgen Feldhoff (Mitglied der Planungskommission Lehrerbildung des Gründungs-senats):

Ich hatte vorhin auch die Sorge, daß es etwas zu feierlich wird, besonders als das Kästchen des Bürgermeisters die Gefahr anzeigte, daß möglicherweise Bremen heute einen Orden stiften würde. Es war keine Gefahr, das war nur der Schlüssel.

Ein Satz ist in den letzten Tagen in der Bremer Öffentlichkeit gesagt worden, ich habe ihn in der Zeitung gelesen: Die Universitätspolitik des Senats bleibt unverändert. Dieser Satz, der kann einen beschäftigen. Er hat zwei Untertöne. Der erste Unterton ist: Die Zielsetzung dieser Universitätspolitik bleibt unverändert. Und der zweite ist: Die Praxis dieser Universitätspolitik, die diese Zielsetzung interpretiert, bleibt unverändert. Wenn das letztere zutrifft, müssen wir aus unserer Erfahrung mit dieser Praxis, die ja immer aus einer besonderen Situation resultierte, Befürchtungen anmelden. Wir müssen es heute tun, weil heute die Gelegenheit ist. Ich will es in drei, vier Punkten versuchen.

Soweit ich es einschätze, steht die Universitätspolitik des Senats vor folgenden Aufgaben, die Lösung dieser Aufgaben wird sie dann wieder vor den Bürgern, verantworten müssen: Sie wird sicherstellen müssen, daß die Planung der Personalstruktur und die Planung von Berufungen, die in weiten Bereichen der Universität ins Stocken geraten ist, wieder in Gang kommt. Man kann dazu weder jetzt noch irgendwo anders, irgendwelche Rezepte nennen. Aber diese Planung, die ja der Lebensnerv der

Universität in den nächsten Jahren ist, ist ins Stocken geraten. Es gibt mehrere Gründe dafür. Ich sehe einen Grund in einer bestimmten Praxis der Universitätspolitik. Und wenn diese Praxis beibehalten bleibt, dann besteht die Gefahr, daß in einigen wichtigen Bereichen der Universität eine vorausschauende Planung in diesen wichtigen Fragen nicht wieder in Gang kommt.

Herr Bürgermeister, Herr Senator Thape, die Kontakte zwischen der Universität und dem Senat sind nach meiner Kenntnis gut. Der argumentative Kommunikationszusammenhang ist nicht so gut wie diese Kontakte. Und ich finde, da kann noch viel gemacht werden. Das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß wir in diesem Punkt vorankommen.

In einem zweiten Punkt drückt sich das so aus: Es muß unbedingt durch die Universitätspolitik erreicht werden, daß die Zahl der Bewerbungen um Stellen an der Bremer Universität wieder auf den Stand kommt, die der Schnee des ersten Frühjahrs der Universität einmal zeigte. Wir haben zu wenig Bewerber. Das Interesse an dieser Universität hat spürbar nachgelassen, und das ist eine Gefahr für diese Universität. Es gibt keinen, der den "Schwarzen Peter" hat; aber die Universitätspolitik des Senats muß dazu beitragen, daß sich diese Situation verändert. Nicht nur sie, auch die Universität wird dazu beitragen müssen. Ich kann Sie nur dringend bitten, als Vertreter der Bürgerschaft und des Senats, sich gelegentlich von Studenten und Hochschullehrern dieser Universität exakt und detailliert berichten zu lassen, wie es in den Arbeitsbereichen dieser Universität aussieht. Ich glaube, daß ist eine notwendige Forderung, die öffentlich erhoben werden muß, daß diese Information aus allen Bereichen der Universität, nicht nur von der Universitätsleitung, sondern auch von der Basis der Universität, an die parlamentarischen Mandatsträger und Minister der Regierung weitergeleitet wird.

Ich sehe schließlich einen dritten Punkt: Die Praxis der Universitätspolitik der nächsten Zeit muß unbedingt sicherstellen, daß die Reformansätze, die außerhalb des engeren universitären Bereiches liegen, den universitären Bereich selbst aber so bestimmen, daß es einen untrennbaren Zusammenhang gibt, daß diese Reformansätze gestärkt werden. Wir können hier nur dringend bitten, daß die Universität vom Staat in einer ganz anderen Weise als das in den letzten zwölf Monaten der Fall sein konnte, aus Gründen, die ich jetzt nicht alle aufwärme, in die Ausarbeitung der zukünftigen Prüfungsstrukturen, auch in die Diskussion und Argumentation über den bremischen Beitrag zum Lehrerbildungsgesetz, das die Länder planen, einbezogen wird. Das sind Probleme, die auf gar keinen Fall mit einer Reformuniversität so abgehandelt werden können, als gäbe es da nur Angelegenheiten des Staates. Es gibt diese nur in der Entscheidung, aber nicht im Argumentationszusammenhang. Ich finde, damit sind gewichtige, zukünftige Aufgaben der Universitätspolitik benannt.

Es wird ganz sicher weiter eine Diskussion darüber geben, ob die von der Universität vorzulegende Satzung, die erste Verfassung der Hochschule, und ob Regelungen, die wir uns etwa in Immatrikulationsfragen ausdenken und Ihnen vorschlagen, die richtige Interpretation in Aussicht stehender Gesetze des Bundes oder von Vereinbarungen der

Kultusministerkonferenz sind. Ganz sicher werden wir aber doch darin übereinstimmen, daß es für die Kultusministerkonferenz-Beschlüsse und bei Entwürfen für ein Bundeshochschulrahmengesetz wiederum Interpretationsspielraum gibt. Wir haben die Bitte, daß der Senat der Universität, die ja hier als Reformuniversität eine nicht zu leugnende Vorreiteraufgabe hat, das Vertrauen entgegenbringt, daß sie ihre Interpretationen prinzipiell im Rahmen des möglichen konzipiert, aber dieses mögliche auch ausschöpft. Das ist ein Punkt, den ich deswegen nenne, weil ich das Gefühl hatte, daß das auch in den letzten Monaten nicht unser zentrales Augenmerk war.

Die Wahlentscheidung dieses Landes zeigt nach meiner Meinung, daß eine entschiedene Reform der Universität die Zustimmung der Bevölkerung findet. Das bedeutet zunächst aber nur, daß diese Universität Bremen existieren wird. Es sagt nicht, daß es sie als Reformuniversität in einem inhaltlich gewichtigen Sinne geben wird. Und ich finde, daß das Wort – daß in Bremen manches nicht möglich sein wird, was große und stabilere Institutionen sich leisten können, daß dieses Wort auf einen zukünftigen Konflikt hindeutet, der der Art ist, daß er vielleicht an die Substanz dieser Universität gehen könnte.

Der Präsident des Senats, **Bürgermeister Hans Koschnick:**

Ich habe hier konkret und praktisch zu argumentieren. Ich habe die wissenschaftlichen Deutungen erfahren und kenne die Positionen. Sie sind nicht neu, Herr Professor Feldhoff. Aber ich glaube, in Ihrer Forderung nach stärkerer Argumentation, nach stärkerer Interpretation von beiden Seiten, bevor Entscheidungen fallen, darüber sind wir uns einig. Ich bin sicher, daß die Formen der Zusammenarbeit in der Argumentation liegen werden, vielleicht allerdings auch in der Abgrenzung dessen, was wir tun können.

Senator Moritz Thape (Senator für das Bildungswesen):

Die Eröffnung der Universität 1971 war sicherlich auch ein politischer Termin. Ich meine jetzt nicht, ein parteipolitischer Termin, sonst hätten wir sicherlich die Eröffnung vor die Wahl gelegt und nicht bewußt hinter die Wahl. Aber dieser Termin hat natürlich auch einen Zeitdruck ausgelöst, der auch auf die Berufungspolitik generell, ohne jetzt auf die einzelnen Fragen einzugehen, die vorhin kritisch angemerkt worden sind, nicht ohne Einfluß geblieben ist. Ich gehe davon aus, daß wir bei aller Dringlichkeit, die Sie hier unterstrichen haben, in Zukunft etwas mehr Zeit haben, um die Dinge intensiver vorzubereiten, so daß manches Mißverständnis, das hier entstanden ist, ausgeräumt werden kann bzw. gar nicht erst aufkommt. Manches war einfach bestimmt durch die aus der Situation sich ergebende Schnelligkeit des Handelns und der damit verbundenen Notwendigkeit das eine oder das andere auszulassen. Ich meine, wir können das jetzt hier hin und her schieben mit Beispielen. Ich will das nicht tun. Ich möchte Bürgermeister Koschnick darin unterstützen, daß das ein Punkt ist, der sehr schnell auf den Tisch kommen muß, und dann in einem Frage- und Antwortspiel in

einer Diskussion ausgehandelt werden muß. Dabei muß jede Seite dann auch die Möglichkeit haben, ihre eigenen praktischen Beispiele auf den Tisch zu legen, um deutlich zu machen, warum in dem einen oder im anderen Fall gerade so und nicht anders verfahren werden konnte. Daß das Hochschulrahmengesetz natürlich interpretationsfähig ist und eine – darum ist es ja ein Rahmengesetz – Bandbreite hat, die ausgefüllt werden kann, ist klar. Aber alle Äußerungen, auch von mir, in früheren Monaten laufen doch darauf hinaus, daß über die Bandbreite hinaus zu gehen nicht in jedem Fall möglich sein wird, daß wir uns nicht völlig außerhalb eines Bundesrahmens stellen können. Wenn also zehn Bundesländer partu etwas nicht tun und dann das, was wir hier tun wollen, nicht akzeptieren und anerkennen würden, können wir schon im Interesse der Studenten, die hier ausgebildet werden, ganz bestimmte Entscheidungen nicht treffen oder bestimmte Schritte nicht unternehmen. Ich glaube, daß ist die Grenze, die wir akzeptieren müssen.

Senator Oskar Schulz (Der Senator für Wirtschaft und Außenhandel):

Ich möchte bei der Eröffnung der Universität darauf hinweisen, daß beide Gremien, nämlich der politische Senat und der Gründungssenat, die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit dieser Institution tragen. In diesem Zusammenhang ist wiederholt die Frage nach den praktischen Bedürfnissen im Bereich des Lehrkörpers gestellt worden. Es ist gesagt worden, dort seien Lücken aufgetreten bzw. sei man durch die Berufungsentscheidungen des Senats in eine gewisse Bedrängnis gekommen. Das ist sicherlich richtig, aber ich bin der Meinung, daß auch in Zukunft die Berücksichtigung der praktischen Bedürfnisse der Universität nicht zum Verlassen des von uns gemeinsam erkannten Prinzips der wissenschaftlichen Pluralität führen darf. Das würde das Reformziel nach meiner Auffassung und auch nach Auffassung des Senats gefährden, und daran kann keine Seite Interesse haben. Wir müssen einfach in dieser Gründungsphase improvisieren, sowohl im Bereich des Lehrkörpers, als auch im Bereich der Unterbringung der Studenten. Und in dieser Beziehung meine ich, daß die Improvisationserfordernis auf beiden Seiten zur Verschärfung des Blicks für die Notwendigkeit führt, und das halte ich für die Universität und auch für den Senat sehr förderlich.

Horst-Werner Franke (SPD-MdBB):

Ich darf in ein wenig fragendem Ton den Satz zitieren, was das denn zu bedeuten habe, die Universitätspolitik des Senats wird fortgesetzt. Vielleicht kann man diesen Satz noch ein wenig verdeutlichen, wenn ich ihn so formuliere: Nach dem 10. Oktober wird die Universitätspolitik der SPD fortgesetzt, das heißt, daß diese Politik eben so wie in der Vergangenheit das Engagement einer sehr starken Fraktion in der Bürgerschaft nach wie vor für sich hat und das Engagement einer an dieser Universität sehr vital interessierten Partei. Denn das hat ja die Universität verstanden, die politischen Kräfte in diesem Lande zu polarisieren, und sie hat die Unterstützung einer nicht unmaßgeblichen Partei für ihr Reformwerk gefunden. Ich meine, daß dieses Bündnis

mit der sie tragenden Partei, die sich nicht nur als Akklamationsbasis versteht, daß dieses Bündnis zu dem sehr tragfähigen Bündnis zwischen der Universität und dem Senat hinzukommt. Und wenn Sie, Frau Dr. Gerstenberger, meinten, die Universität ist nach der Gründung, jetzt, wo sie arbeitet, nicht mehr ganz so gewichtig wie vielleicht vorher in diesem politischen Spiel, so stimmt es natürlich, daß gewisse – sagen wir es ganz deutlich – gewisse Pressionsmöglichkeiten, die vielleicht vorher bestanden haben – ich will nicht sagen, ob sie wirklich so ausgenutzt worden sind – so nicht mehr vorhanden sind. Ich würde aber sagen, die Bündnispartner, die ich eben aufgezählt habe, sind auch ohne Pressionen zu aktivieren. Das hat die Vergangenheit bewiesen.

Der Präsident des Senats, **Bürgermeister Hans Koschnick:**

Da kann ich nur sagen: Nach dieser parteioffiziellen Interpretation der Senatsmeinung habe ich keine Bedenken mehr.

Gründungsrektor **Dr. Thomas v.d. Vring:**

Haben Sie vielen Dank.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum Ende dieser Eröffnungssitzung, die zwar einen etwas feierlichen Rahmen hatte, aber doch der Öffentlichkeit – deshalb war dieser Rahmen so gewählt – demonstrieren sollte, wie diese Universität zustande gekommen ist, wie hier die Arbeitsweise ist, wie die Verhältnisse so liegen und wie wir weiter arbeiten werden. Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen.